**Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (28.5.2010)**

# Sand im Getriebe 83

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

# Staatsverschuldung als Umverteilung

## Griechenland ist nur die Spitze des Eisbergs




Das Thema Staatsverschuldung wird uns alle wohl die nächsten Jahre beschäftigen müssen, vielleicht sogar mehr noch als das der Finanzmärkte. Denn die Weltwirtschaftskrise ist in eine neue, langandauernde Phase der globalen **Staatsverschuldungskrise** eingetreten. Der US-amerikanische Ökonom **Rick Wolf** kommt zu dem Schluss, dass es in der Auseinandersetzung um die Staatsverschuldung um die Frage geht, welche Klasse (für die Krise) zahlt. So wäre die Verschuldung in vielen Ländern geringer, wenn es gelingen würde, die eigene Bourgeoisie zu besteuern statt die Defizite durch Kreditaufnahme in die Zukunft zu verschieben und die Vermögenden und Banken auch noch mit Zinszahlungen zu belohnen. In gewisser Weise ist die Staatsverschuldung ja auch die Archillesferse des Keynesianismus

**Das Internationale Komitee (IC) des Weltsozialforums** nimmt zur Krise um **Griechenland** Stellung:
*„Die Krise in Griechenland bekräftigt unsere Entscheidung, uns der neoliberaler Finanzpolitik entgegen zu stellen und die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wieder herzustellen, im Norden wie im Süden“* ->

Der **wissenschaftliche Beirat** von Attac-D stellt fest: *„Das Spardiktat von IWF und EU muss die Krise verschärfen. Mit ihm werden diejenigen zur Kasse gebeten, die keinerlei Verantwortung für die Krise haben und die ohnehin die Lasten der kapitalistischen Krise tragen“.* Nach einer ausführlichen Analyse einiger Faktoren, die zur Krise in Griechenland führten, werden 5 alternative Lösungsvorschläge angeboten, die nicht die Opfer, sondern die Verursacher und Profiteure der Krise betreffen. *„Uns ist klar: Die wesentliche Unterstützung für diese Orientierung muss von unten kommen. – Wir unterstützen den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen das Diktat durch IWF und Eurozone. – Wir fordern auf zu Solidaritätsaktivitäten mit der griechischen Bevölkerung, mit der Jugend des Landes und mit den Gewerkschaften.*

Am **12. Juni** gibt es Gelegenheit, in Berlin und Stuttgart gegen die Wiederbelebung des Neoliberalismus unser Veto einzulegen. Im **Aufruf** heißt es: *„Nicht auf unserem Rücken! Die kapitalistische Profitlogik und die massive Umverteilung von Unten nach Oben, die eine wesentliche Ursache für die Krise sind, sollen auch die Basis für den erhofften Aufschwung bilden. Die Wirtschaftsverbände in Deutschland setzen weiter auf die Eroberung der Exportmärkte durch Lohn- und Sozialdumping, zu Lasten der Beschäftigten hier und in den anderen Ländern. Im Verbund mit der Bundesregierung versuchen sie auch allen anderen EU-Ländern einen rabiaten Lohn- und Sozialabbau aufzuzwingen. Wir sind mit unserer Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ Teil eines europaweiten sozialen Widerstands!“*

Die weltweite **Klimabewegung** hat sich – nach der bitteren Enttäuschung in Kopenhagen – auf Einladung des bolivianischen Präsidenten in **COCHABAMBA** getroffen. **Nicola Bullard** und **Naomi Klein** berichten, wie hier der zentrale Begriff der **Klimaschuld** diskutiert wurde: *„Das bringt die zentrale Frage der historischen Verantwortlichkeit auf und problematisiert, wer wem etwas für was schuldet. Und bei der Neudefinierung von „Schuld“ als eher systemisches Thema denn als finanzielles Problem stellt sie die traditionellen Beziehungen zwischen Arm und Reich auf den Kopf. Üblicherweise sind es die Reichen, die die Gläubiger sind und Bezahlung von den Armen fordern, jedoch kehrt die Klimaschuld dies um: es sind jetzt die Armen und die an den Rand Gedrängten, der Globale Süden, die ihre Forderungen geltend machen, nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern für die Zukunft der Menschheit.“* In der Abschlussresolution heißt es: *„Wir müssen ein neues System herausbilden, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wieder herstellt.* ***Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt.“***

Während die USA immer mehr Kriegsschiffe in den arabischen Golf schicken, nimmt **Noam Chomsky** zur nuklearen Abrüstung im Nahen Osten Stellung: *„Ich denke, es gibt eine Möglichkeit, das Thema 'Bedrohung durch irgendwelche Atomwaffen im Nahen/Mittleren Osten' anzupacken, und das ist der Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in der Region“.*

Wir wünschen heute (28.5.) dem **internationalen Bündnis "Free Gaza"** viel Erfolg: Trotz der israelischen Blockade gegen GAZA sollen per Schiff lebensnotwendige Güter in Gaza übergeben werden. Wir begrüßen auch die Entscheidung von Attac Frankreich, die Aufnahme Israels in die OECD zu verurteilen.




***Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!***
***Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org***

*Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen:*
*Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3€, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft*
*Abonnement: 15€ für 6 Ausgaben. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de*

**Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)**

**Rick Wolff**

***Nicht böse Spekulanten, sondern Klasseninteressen verursachen die Schuldenkrisen***

# Besteuerung der Reichen
# ODER
# Anhäufung von Staatsschulden




*Das Thema Staatsverschuldung wird uns alle wohl die nächsten Jahrzehnte beschäftigen müssen, vielleicht mehr noch und als das der Finanzmärkte. Denn die Weltwirschaftskrise ist in eine neue, langandauernde Phase der globalen Staatsverschuldungskrise eingetreten, deren extremster Ausprägung sich wohl in den USA zeigen dürfte.*
*Der Begriff „Staatsverschuldung" sollte jedoch entmystifiziert werden. Der US-amerikanische marxistische Ökonom Rick Wolf hat dazu einige dringend nötige Klarstellungen formuliert. Er kommt darin auch zum Schluss, dass es sich bei der Frage der Staatsverschuldung um* ***die Archillesferse des Keynesianismus*** *handelt „Die moderne Staatsverschuldung ist eine normale Erscheinung des heutigen Kapitalismus. Ihr politisch neutral klingender Name verschleiert ihre wirkliche Rolle als indirektes Mittel, das Gleichgewicht der Aktivitäten des Staates zugunsten der Arbeitgeber und gegen die Arbeitnehmer zu verschieben". (SiG-Redaktion)*

Manager, Politiker, Wissenschaftler und die Medien erzeugen wieder einmal jede Menge heiße Luft aus den Bemühungen Griechenlands, mit den Problemen der „Staatsverschuldung" fertig zu werden. **Aber es steht für die Welt viel mehr auf dem Spiel, als die finanziellen Bemühungen dieses kleinen Landes.** Was auf dem Spiel steht, betrifft in der Tat uns alle. Die Ereignisse in Griechenland laufen parallel mit den globalen Entwicklungen, die Unterschiede bestehen nur in Details und in den zeitlichen Abläufen.

Die Auseinandersetzungen in Griechenland entstanden aus den komplexen Beziehungen zwischen **Arbeiternehmern**, **Arbeitgebern** und dem **Staat**. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind eingespannt in einen endlosen und **vielschichtigen Konkurrenzkampf**, wie er dem Kapitalismus eigen ist (Konkurrenzkämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern um Löhne und Arbeitsbedingungen, zwischen den Arbeitnehmer um Arbeitsplätze und unter den Kapitalisten um ihre Profite). Ein Feld, auf dem diese Kämpfe stattfinden, ist der Staat. Verschiedene Interessengruppen von Arbeitnehmern und auch Arbeitgebern drängen den Staat, (a) ihre und nicht andere Interessen zu vertreten, (b) und die Kosten, die daraus entstehen, auf die jeweils anderen abzuwälzen.

Bei den Kämpfen um den Staat geht es auch um die akkumulierten Staatsschulden, die zurückgezahlt werden müssen. Die **Unternehmer** wollen, dass der Staat ihren Kapitalaufwand und die Betriebsergebnisse absichert. Sie drängen den Staat, die Profitabilität ihrer Unternehmen zu beschützen, zu subventionieren und sonst wie zu unterstützen (durch teure militärische Ausrüstung, die staatliche Ausbildung ihrer Arbeitskräfte, ausreichende Infrastruktur usw.)

Die Unternehmer trachten auch danach, die Kosten dieser teuren staatlichen Programme und Institutionen zu „sozialisieren": So viele Kosten wie möglich auf ihre Arbeitnehmer abzuwälzen.
Natürlich können sich die **Arbeitnehmer** auch wehren, indem sie Regierungsprogramme zu ihren Gunsten verlangen und indem sie verlangen, dass die Arbeitgeber und die wohlhabendsten Profiteure (das Management und andere Spitzenverdiener etc.) die Kosten dieser Programme tragen. Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern und zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitgebern spielen auch eine wichtige Rolle. Sie sollen aber hier nicht behandelt werden.

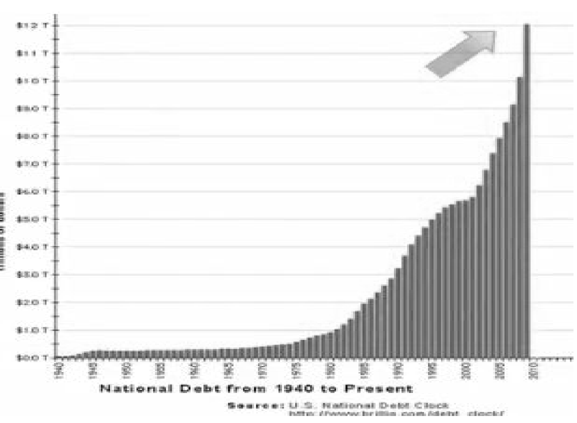
Oft kann sich die Arbeitgeberseite mit ihrer politischen Organisation, ihrer Mobilmachung und ihren finanziellen Ressourcen durchsetzen: Der Staat führt dann die Programme der Arbeitgeber durch, besteuert hauptsächlich die Arbeitnehmer.

Allerdings, dort wo diese gut organisiert sind und mobil machen, kann der Staat nicht offen nach der Pfeife der Arbeitgeber tanzen. Da kommt die **Staatsverschuldung** ins Spiel, **ein indirekter Weg für den Staat, die Arbeitgeber zu Ungunsten der Arbeitnehmer zu bedienen**. In diesem Fall begünstigt der Staat hauptsächlich die Arbeitgeber, aber besteuert sie nicht mit den vollen Kosten für diese Programme. Zugleich werden aber auch die Arbeitnehmer nicht mit dem besteuert, was bei den Unternehmer-freundlichen Programmen offen bleibt. Um die Unterstützung der Arbeitnehmer nicht zu verlieren, besteuert der Staat die Arbeitnehmer auch nicht mit den gesamten Kosten der Regierungsprogramme, die ihnen zu Gute kommen.

Weil die Steuern, die dem Staat von Arbeitgebern und Arbeitnehmem zufließen, nicht ausreichen, um die Programme für beide zu finanzieren, muss der Staat für die Differenz zwischen den Steuereinnahmen und den Kosten der Programme **Geld leihen**. Damit entkommt der Staat wenigstens vorübergehend dem Dilemma seiner Position in der Mitte des kapitalistischen Klassenkampfes. Der Tag der Abrechnung wird solange hinausgeschoben, bis sich der Staat mit seinen Schulden nicht mehr aus seinem Dilemma herauskaufen kann. Durch die globale Krise des Kapitalismus kam gerade jetzt für Griechenland der Tag der Abrechnung, nur ein bisschen früher als sonst überall.

Wenn der Staat Geld leiht, kommen die **Kredite** hauptsächlich von der Klasse der Arbeitgeber und ihrer wohlhabendsten Nutznießer (den Managern und anderen Spitzenverdienern). **Der Staat bewahrt so diese Klasse vor einer Steuerlast,** stattdessen nimmt er Geld auf und muss dann die Kredite dieser Klasse mit Zinsen zurückzahlen. Die Anleihen des Staates können auch die Arbeiterklasse davor bewahren, jetzt mehr Steuern zu zahlen, um die Regierungsprogramme zu finanzieren. Aber weil Arbeiter ja dem Staat sehr wenig leihen können, können die Arbeiter nicht auf die Zinszahlungen und Kapitalrückzahlungen des Staates hoffen, wie es die Arbeitgeber tun. Stattdessen können sich die Arbeiter jetzt schon auf die Forderung freuen, dass sie dem Staat helfen sollen, Zahlungen an die Unternehmerklasse zu entrichten.

Die **moderne Staatsverschuldung** ist eine normale Erscheinung des heutigen Kapitalismus. Ihr politisch neutral klingender Name verschleiert ihre wirkliche Rolle als indirektes Mittel, **das Gleichgewicht der Aktivitäten des Staates zugunsten der Arbeitgeber und gegen die Arbeitnehmer zu verschieben**. Die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus provozieren normalerweise eine Blase aus Staatsschulden und können sich so wirklich zu Staatskrisen auswachsen. Das passiert dann, wenn die Schulden des Staates an Grenzen stoßen, weil die Kreditgeber nicht willens sind, weitere Risiken auf sich zu nehmen.




*Staatsverschuldung der USA 1940-2010*

Natürlich wurde **Griechenland** in diese letzte weltweite Krise des Kapitalismus hineingezogen – die schlimmste seit der Großen Depression der dreißiger Jahre. Arbeiter und Kapitalisten haben sich heftig bemüht, den Staat und anderen soziale Einrichtungen, dazu zu bringen, ihre je eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, und gleichzeitig die Kosten dafür den anderen anzulasten. Die Programme zur Rettung der Banken und Konzerne konkurrieren gegen Programme zur Förderung des Arbeitsmarktes. Die Regierungen versuchen ständig, die Debatte über die grundlegende wirtschaftliche und soziale Frage, wer für die Aktivitäten des Staates zu zahlen hat, hinaus zu schieben. Stattdessen verschulden sie sich mehr und mehr.

Aber die angehäuften Schulden vieler Länder und das Ausmaß ihrer neuen, krisenbedingten Darlehensaufnahmen haben die Risiken der Geldgeber erhöht. **Die normale Routine der Staatsanleihen ist am Ende**. Geldgeber erinnern sich heute zum Beispiel daran, was passierte, als die Finanzwirtschaft **Argentiniens** am Beginn dieses Jahrzehnts zusammenbrach: Als sich 2005 der Staub gelegt hatte, verloren die Inhaber von Argentiniens Staatsanleihen zwei Drittel des Wertes ihrer Darlehen. Damals gab es aber keine globale Wirtschaftskrise. Unter den aktuellen Bedingungen haben die Geldgeber der Staaten heute viel größere Sorgen.

Die Klasse der Arbeitgeber macht sich heute Sorgen, weil die seit Langem erfolgreiche Verwendung der Staatsverschuldung, um Steuern zu vermeiden, in Schwierigkeiten steckt. Die **Risiken** dieser Methode, die Staaten indirekt zu manipulieren um damit die eigene Klasse zu bedienen, und damit die Arbeiterklasse zu belasten, sind stark angestiegen. Die Unternehmen müssen nun damit rechnen, dass die Staaten zuerst ihre Kreditwürdigkeit wiederherstellen müssen, bevor sie neue Darlehen aufnehmen können. Damit die Staaten ihre Kreditwürdigkeit wieder erlangen, müssen – nach Ansicht der Arbeitgeber – mehr Steuern von den Arbeitnehmern eingetrieben werden und/oder Sozialprogramme eingeschränkt werden, die der Arbeiterklasse zu Gute kommen. Die Alternative, Arbeitgeber und Reiche zu besteuern und zugleich die staatliche Unterstützung für die Unternehmen zurück zu nehmen, wird in der öffentlichen Diskussion gar nicht erwähnt.

Damit beschreibe ich die Bedeutung und den Inhalt der aktuellen Schuldenkrise Griechenlands, und auch die parallelen Krisen von morgen in Irland, Spanien und Portugal, und die zukünftigen Krisen in den meisten anderen kapitalistischen Ökonomien. Die Details werden in allen Fällen durch spezifische und historische Bedingungen bestimmt werden.

Die politische Organisation und Mobilisierung der Arbeiterklasse wird ganz wesentlich mitbestimmen, wie weit (und vielleicht auch ob) diese Krisen in Zukunft auf Kosten der Arbeiter gelöst werden.

*Rick Wolf ist emeritierter Professor der University of Massachussets in Amherst und auch Gastprofessor im Magisterstudiengang für Internationale Angelegenheiten der New School University in New York. Er ist der Autor von „New Departures in Marxian Theory“ (Routledge 2006) und vieler anderer Veröffentlichungen. Sehenswert ist auch der Dokumentarfilm über die aktuelle Wirtschaftskrise, „Capitalism hits the Fan“, bei www.capitalismhitsthefan.com.*
Rick Wolffs Website: *www.rdwolff.com* .
Siehe auch „Capitalism and the *Useful* Nation State” by Rick Wolff

http://mrzine.monthlyreview.org/2010/wolff100310p.html
*Übersetzung: Gabriela Greif, Korrektur: Herbert Kaser. coorditrad*



**Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland**

# Griechenland,

## das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung

1. Die Krise in Griechenland und in anderen Eurozonen-Staaten ist Ausdruck der Tiefe der weltweiten Krise und eine logische Folge der Konstruktion der Eurozone.

2. Das Spardiktat von IWF und EU muss die Krise verschärfen. Mit ihm werden diejenigen zur Kasse gebeten, die keinerlei Verantwortung für die Krise haben und die ohnehin die Lasten der kapitalistischen Krise tragen.

3. Die deutsche Regierung, deutsche Banken und deutsche Konzerne sind zu kritisieren,
   - weil sie eine führende Rolle in der erpresserischen Politik gegenüber der griechischen Bevölkerung und der Regierung in Athen spielen;
   - weil vor allem deutsche Großunternehmen in Griechenland die Politik einer flächendeckenden Bestechung betrieben haben;
   - weil es aufgrund der ungesühnten Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der SS in Griechenland zur Zeit der Besatzung 1941-1944 eine besondere Verantwortung Deutschlands für Griechenland gibt.

4. Die Kosten der Krise in Griechenland müssen von denen bezahlt werden, die für die Krise verantwortlich sind: die großen, international aktiven Banken, die Superreichen in der Welt – auch in Griechenland - und die internationale Rüstungsindustrie.

## I. Weltweite Krise - griechische Krise - Euro-Krise

Die Krise in Griechenland ist Ausdruck der Tiefe der weltweiten kapitalistischen Krise. Nach der Krise im Immobilien-Sektor (2007), nach der Bankenkrise (2008) und nach der Krise der materiellen Produktion (2009) erleben wir gegenwärtig die Krise von Staaten: Diese Krise begann mit Island, Ungarn und Lettland. Sie erlebt mit Griechenland einen vorläufigen Höhepunkt. Vieles spricht dafür, dass es auch in anderen Staaten eine solche Krise geben wird. Dabei geht es nicht allein um die Euro-Länder, die wie Italien oder Belgien ähnlich hoch wie Griechenland verschuldet sind, oder die wie Spanien, Portugal und Irland in den letzten drei Jahren einen extremen Anstieg der öffentlichen Schulden erlebt haben. Diese Staatskrise könnte bald auf Großbritannien übergreifen.

Sie kann mit Japan die zweitgrößte Ökonomie der Welt erfassen, wo die öffentlichen Schulden als BIP-Anteil doppelt so hoch wie in Griechenland sind. Und sie bedroht die Hegemonialmacht USA, wo die öffentlichen Schulden von der VR China finanziert werden müssen.

Eine entscheidende Ursache der Staatenkrise ist darin zu sehen, dass 2008/2009 weltweit rund fünf Billionen US-Dollar an Steuergeld dazu aufgewandt wurden, um die Banken in Nordamerika, Japan und Westeuropa vor einem Kollaps zu retten. Dieses Geld wurde ohne relevante Gegenleistungen in das private Bankensystem gepumpt. Damit gibt es inzwischen die brandgefährliche Kombination steigender Staatsschulden und erneut aufflammender Großspekulation. Die Staatsschulden steigen, weil die privaten Banken florieren. Die privaten Banken spekulieren, weil die Steuerzahlenden ihnen nicht nur die neue Grundausstattung mit Spielgeld verschafften, sondern ihnen auch noch billige Kredite bieten, die sie wiederum an strauchelnde Staaten wie Griechenland mit einer bis zu zehnprozentigen Verzinsung verleihen.

Bei Einführung des Euro im Jahr 2000 war klar: Damit wird den ökonomisch schwächeren Eurozonen-Ländern die Möglichkeit aus der Hand genommen, durch regelmäßige Abwertungen ihrer Währung die eigene Wettbewerbsfähigkeit tendenziell zu gewährleisten. So wurde die griechische Drachme allein im Zeitraum 1979 bis 1993 gegenüber der D-Mark um 86 Prozent abgewertet.

Es war absurd anzunehmen, dass die griechische Ökonomie ohne diesen Mechanismus im Gleichgewicht bleiben könnte, zumal es keinen EU-Staat und auch in der Eurozone keine einheitliche Wirtschaftspolitik gibt. Die gewaltigen Leistungsbilanzdefizite und die wachsende staatliche Verschuldung waren zu einem großen Teil ein logisches Produkt der Konstruktion der Einheitswährung. Sie bilden jedoch das Gegengewicht zu den Handelsbilanzüberschüssen in hochproduktiven Ländern wie Deutschlands. Den Extraprofiten der deutschen Exportindustrie entsprechen die Extradefizite der EU-Länder Griechenland, Portugal, Spanien und Italien

## II. Die Erpressung durch IWF und EU vertieft die griechische Krise

Der IWF und die EU haben für Griechenland ein Diktat beschlossen. Damit wird in Griechenland ein demokratischer Prozess als Reaktion auf die Krise unterbunden. Griechenland soll in einen halbkolonialen Status versetzt werden. Der IWF war in den 1990er Jahren nach seinen auch ökonomisch desaströsen Kriseneinsätzen in der so genannten Dritten Welt und in den "Tigerstaaten" politisch weitgehend desavouiert. Nun erlebt er ein Revival ausgerechnet in Europa: 2008/2009 bereits in Ungarn und Lettland und nun in Griechenland. Dabei sind die "Rezepte", die hier zur Anwendung kommen, genauso zerstörerisch, wie dies in den 1980er und 1990er Jahren der Fall war.

Die für Griechenland beschlossenen Maßnahmen werden als Beiträge im Kampf gegen die Krise "verkauft". In Wirklichkeit wird damit die Krise in Griechenland - und mittelfristig auch diejenige in der Eurozone - *vertieft*. Längere Lebensarbeitszeiten und ein Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Sektor führen zu deutlich höherer Massenerwerbslosigkeit. Die massiven Kürzungen bei den Einkommen im öffentlichen Sektor, in der privaten Wirtschaft und bei den Altersbezügen führen zusammen mit der Anhebung der Mehrwertsteuer im Jahr 2010 um vier Prozentpunkte zu einem Rückgang der Binnennachfrage von rund 20 Prozent. Die Erhöhungen der Verbrauchersteuern müssen weitere Einbrüche im wichtigen Tourismusgeschäft zu Folge haben.

Das Resultat des IWF-Euroland-Diktats wird eine verlängerte Krise sein. In der vorgegebenen perversen IWF-EU-Logik zwingt dies zu neuen "Sparprogrammen" und setzt eine teuflische Spirale nach unten in Gang.

Als Ergebnis des IWF-EU-Diktats müssen die Kosten der Krise von der einfachen Bevölkerung bezahlt werden. Eine Lehrerin, ein Müllautofahrer, der Betreiber einer kleinen Touristen-Pension und der durchschnittliche Rentner tragen keinerlei Verantwortung für die Krise. Ihre Einkommen liegen deutlich unter 800 Euro im Monat. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist auch die Steuermoral die höchste.

Es sind die Superreichen sowohl weltweit als auch in Griechenland und die großen, weltweit operierenden Banken, für die das Hilfsprogramm maßgeschneidert wurde. Sie haben überproportional an den griechischen Schulden verdient. Sie sollen trotz der Krise ungeschoren davonkommen - die "Risikoprämien" bezahlen die einfachen Menschen vor Ort in Griechenland und die Steuerzahlenden der EU.

Auffallend an dem Sparprogramm, das IWF und EU Griechenland verordnet haben, ist die weitgehende Ausklammerung des Rüstungsetats. Der Rüstungshaushalt Griechenlands (als Anteil am gesamten Haushalt) liegt zweieinhalb Mal höher als der deutsche und gut doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren unterstützen insbesondere französische und deutsche Rüstungskonzerne und die Regierungen in Paris und Bonn respektive Berlin eine systematische Aufrüstung der Türkei und Griechenlands. Auch im Krisenjahr 2010 soll Griechenland knapp drei Milliarden Euro für neue Rüstungsimporte ausgeben. Das entspricht rund der Hälfte der Summe, die 2010 im Rahmen des Sparprogramms von den einfachen Leuten in Griechenland zu bezahlen sind.

# III. Deutsche Verantwortung und der Zynismus der Bundesregierung in Berlin

Die Berliner Regierung spielt eine führende Rolle bei der erpresserischen Politik, die die Mehrheit der EU-Regierungen gegenüber Athen betreibt. Deutsche Konzerne und Banken profitierten am meisten von dem beschriebenen Euro-Mechanismus. Deutsche Banken sind maßgebliche Gläubiger Griechenlands. In Deutschland gibt es, angeführt von "Bild", eine wahre Hetzkampagne gegen Griechenland, in der die Themen Korruption ("Fakelaki-Wirtschaft") und Manipulation ("Der Zugang zum Euro wurde erschlichen") im Zentrum stehen.

Ohne Zweifel spielt in Griechenland Korruption eine große Rolle. Doch Vergleichbares gibt es auch hier zu Lande. Vor zweieinhalb Jahrzehnten wurde gerichtlich dokumentiert, dass der reichste Deutsche jahrzehntelang in flächendeckendem Maß eine "Pflege der politischen Landschaft" betrieb: Der Milliardär F.K. Flick kaufte deutsche Politiker und erreichte mit gewaltigen Summen an Schmiergeld, dass für ihn günstige politische Entscheidungen zustande kamen.

Vor zehn Jahren musste Wolfgang Schäuble im Bundestag einräumen, dass "unter der Verantwortung der CDU Gesetze gebrochen wurden": Schäuble, der heute als Finanzminister den ehrbaren Makler spielt und der - zusammen mit der Bundeskanzlerin - von Griechenland fordert, das Land müsse "seine Hausaufgaben machen", hatte Mitte der 1990er Jahre mindestens einmal von dem im Mai 2010 zu einer hohen Haftstrafe verurteilten Waffenlobbyisten Karl-Heinz Schreiber eine geheime Sonderspende in Höhe von 100.000 DM entgegengenommen.

In diesen Tagen wurde dokumentiert wie sich die CDU im Jahr 2005 in Nordrhein-Westfalen, im größten deutschen Bundesland, die Macht förmlich erkaufte. Damals entstand eine einflussreiche "unabhängige Wählerinitiative für den Wechsel", zu der im Mai 2010 offenkundig wurde, dass sie verdeckt mit Schwarzgeld von der CDU finanziert wurde.

Nicht zuletzt sind deutsche Konzerne für die Schmiergeld-Wirtschaft in Griechenland mitverantwortlich. Seit dem Jahr 2008 wurde in mehreren juristischen Auseinandersetzungen dokumentiert, dass die deutschen Unternehmen Siemens, Ferrostaal-MAN und Deutsche Bahn AG in großem Maßstab in Griechenland Politiker einkauften und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten "finanzierten". So "investierte" allein der Siemens-Konzern seit Mitte der 1990er Jahre und rund ein Jahrzehnt lang in Griechenland 15 Millionen Euro *pro Jahr* - um auf diese Weise Politiker der beiden wichtigen Parteien, Nea Dimokratia und PASOK, günstig zu stimmen.

Es gibt also eine *direkte* Verantwortung Deutschlands für die aktuelle Krise in Griechenland. Und es gibt eine große *historische Verantwortung Deutschlands*, vor deren Hintergrund die erpresserische Politik der Bundesregierung gegenüber Athen als zynisch bezeichnet werden muss.

Die deutsche Wehrmacht und die SS verübten in Griechenland während der Besatzung 1941 bis 1944 schwere Kriegsverbrechen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bezifferten die Alliierten die Reparationsforderungen auf acht Milliarden US-Dollar - was heute einem höheren zweistelligen Milliarden-Euro-Betrag entspricht.

Die Bonner Regierungen haben unter Verweis auf das Londoner Abkommen von 1954 eine Begleichung von Reparationen immer abgelehnt und dabei auf die Zeit "nach der Wiedervereinigung" verwiesen.

Als griechische Regierungen und Opferverbände nach 1990 solche Forderungen erhoben, lehnte es die damalige Regierung unter Helmut Kohl ab, sich mit diesem Thema zu befassen.

Als die höchste Instanz der griechischen Justiz - der Areopag – im April 2000 die entsprechenden Forderungen als berechtigt anerkannte und Pfändungsmaßnahmen deutschen Eigentums in Griechenland eingeleitet wurden (so die Zwangsversteigerungen des Goethe-Instituts und des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen), verhinderte die griechische Regierung unter Ministerpräsident Kostas Simitis die Umsetzung der höchstrichterlichen Entscheidung.

In just denselben Monaten unterstützte die deutsche Regierung unter Gerhard Schröder die Position, dass Griechenland Mitglied der Eurozone wird. Als am 20. Juni 2000 auf dem EU-Ratsgipfel im portugiesischen Santa Maria da Feira verkündet wurde, Griechenland werde zum 1. Januar 2001 den Euro einführen, gratulierte Bundeskanzler Schröder dem griechischen Ministerpräsidenten Simitis zur "gesunden wirtschaftlichen und Finanzpolitik" der letzten Jahre.

Seit der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone haben die griechischen Regierungen das Thema Reparationen nicht mehr offensiv aufgegriffen.

Da in Griechenland die Exekutive die Judikative unter Missachtung des Prinzips der Gewaltenteilung daran hindert, den berechtigten Forderungen nach Reparationen und Sühne Geltung zu verschaffen, wichen griechische Opferverbände auf andere Länder aus. Mit wachsendem Erfolg. Seit dem 15. April 2010 sind in Italien alle Rechtsmittel der deutschen Seite erschöpft: Die Forderungen der Deutschen Bahn AG gegenüber der italienischen Staatsbahn FS werden gepfändet, um mit den entsprechenden Geldern Forderungen griechischer Opferverbände nach Entschädigungszahlungen für das Massaker der Wehrmacht im griechischen Dorf Distomo im Juni 1944 zu entsprechen. Das Urteil hat exemplarischen Charakter. Es hat auch eine hohe symbolische Bedeutung: Rund 55.000 Jüdinnen und Juden, die in Saloniki lebten, wurden mit der griechischen Staatsbahn, im Auftrag der deutschen Reichsbahn, in das Vernichtungslager von Auschwitz transportiert.

# IV. Für eine Alternative zur IWF-EU-Erpressung
# Für eine alternative Antwort auf die Krise in Griechenland

Das Spardiktat aus Brüssel, Berlin und Paris ist strikt abzulehnen. Der Slogan der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften in Griechenland *"Wir zahlen nicht für eure Krise"* ist auch unsere Losung. Eine wirksame Politik als Antwort auf die Krise in Griechenland hat die fünf Elemente:

*Erstens:* **Die griechischen Schulden müssen umgeschuldet und damit radikal gekürzt werden**. Die internationalen Finanzinstitute und einzelne griechische Milliardäre, die einen großen Teil der griechischen Schuldentitel halten und die an der griechischen Krise in großem Maßstab verdient haben, müssen für das hohe Risiko, das sie eingingen, bezahlen. Ihnen dürfen nicht ein weiteres Mal Milliarden Euro an Steuergeldern zugeschanzt werden, die sie nur als neues Spielgeld im gewaltigen spekulativen Business einsetzen werden.

*Zweitens:* Notwendig ist eine **radikale Besteuerung von großen Vermögen und hohen Einkommen in Griechenland selbst**. Auch in diesem Land - wie überall in Ländern, die einen neoliberalen Kurs verfolgten - steht die Rückverteilung von oben nach unten auf der Tagesordnung.

*Drittens:* Notwendig ist die **radikale Reduktion der Rüstungsausgaben in Griechenland - und letzten Endes auch in der Türkei**. Der Kauf von neuen Waffen und Rüstungssystemen durch das Athener Verteidigungsministerium muss gestoppt werden. Notwendig ist eine massive Reduktion der allgemeinen Rüstungsausgaben. Dies wird nur funktionieren, wenn eine umfassende Friedenspolitik zwischen Griechenland und der Türkei betrieben wird und wenn es zu einer Lösung der Zypern-Frage im Interesse der beiden Bevölkerungsgruppen auf der Insel kommt. Parallel müssen die Rüstungslieferungen an die Türkei gestoppt werden. Es ist absurd und zugleich charakteristisch, dass die EU auf der einen Seite über eine Aufnahme der Türkei in die EU verhandelt, und dass gleichzeitig die zwei Eurozonen-Kernländer Deutschland und Frankreich respektive deren Rüstungskonzerne die Hochrüstung dieser beiden Länder betreiben.

*Viertens:* Notwendig ist ein **konsequentes Vorgehen gegen die Dominanz der Finanzwirtschaft**.
Dabei müssen als erstes spezifische Finanzinstrumente wie die Wetten auf Staatspleiten (Credit Default Swaps) verboten und die Macht der Rating-Agenturen beseitigt werden. Vor knapp zwei Jahren, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, waren sich fast alle Kommentatoren darüber einig, dass spezifische neue "Finanzprodukte" den Charakter von "Massenvernichtungswaffen" hätten. Es bestand auch Einigkeit darüber, dass private Rating-Agenturen, die Teil des spekulativen Prozesses sind, nicht mehr den Status angeblich objektiver Marktbeobachter haben dürfen.
Heute findet gerade im Fall Griechenland all das wieder statt: Rating-Agenturen sind der einzige Maßstab zur Bewertung der Bonität Griechenlands. Auf Basis dieser Ratings verdienen international agierende Banken, die mit diesen Rating-Agenturen verbandelt sind, Milliarden-Euro-Beträge.

*Fünftens:* **Deutschland muss sich zu den im Zweiten Weltkrieg in Griechenland begangenen Kriegsverbrechen bekennen** und die daraus resultierenden Verpflichtungen akzeptieren. Das schließt die Zahlung von **Reparationen durch Deutschland**, gegebenenfalls unter Einbindung von Österreich und Italien, mit ein.

Uns ist klar: Eine solche grundsätzlich andere Orientierung kann nicht in erster Linie von bestehenden, herrschenden Institutionen ausgehen. Die wesentliche Unterstützung für diese Orientierung muss *von unten* kommen.
– Wir unterstützen den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen das Diktat durch IWF und Eurozone.
– Wir erklären uns solidarisch mit den gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen das Sparprogramm von IWF und EU auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung.
– Wir fordern auf zu Solidaritätsaktivitäten mit der griechischen Bevölkerung, mit der Jugend des Landes und mit den Gewerkschaften.

*Frankfurt/M. und Berlin, 7. Mai 2010*

***http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat****/erklaerungen-stellungnahmen/*

---

## Internationaler Rat des Weltsozialforums(WSF), 8. 5. 2010

# Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die Finanzmärkte

*Die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherstellen, im Süden wie im Norden.*

Die Finanzmärkte haben Griechenland seit einigen Monaten im Visier. Um „die Märkte zu beruhigen" und „das Vertrauen wiederherzustellen", haben die EU und der Internationale Währungsfond (IWF) der griechischen Bevölkerung einen drastischen Sparplan als „Gegenmittel" auferlegt. Das Rentenalter wird auf 67 erhöht und bestehende Renten eingefroren. Beamtengehälter werden um 15% gekürzt und Kündigungen im privaten Bereich vereinfacht. Die Mehrwertsteuer wird von 19% auf 21% steigen, weitere ähnliche Maßnahmen sind derzeit in Planung. Dieser Sparplan wird nicht nur Griechenlands Wirtschaft in eine Depression stürzen, sondern auch zu einem sozialen Desaster führen.

**Wir kennen es aus Erfahrung**: die Krise in Griechenland ist nur ein weiteres Beispiel aus Jahrzehnten Finanzturbulenzen, die Länder auf dem gesamten Globus verwüstet und weiter in die Verschuldung getrieben haben, insbesondere im Süden. So auch die Kreditkrise der 80er Jahre, die viele afrikanische und lateinamerikanische Länder dauerhaft in die Schulden gestürzt hat, oder die mexikanische, asiatische und russische Finanzkrisen der späten 90er, und die Argentinienkrise 2001-2002. Dies sind keine voneinander losgelösten Ereignisse, sondern das Ergebnis der Tätigkeiten unregulierter und unersättlicher Finanzmärkte.

Nach Island und Griechenland haben sie schon wieder andere europäische Länder im Blick: Portugal und Spanien stehen in der Schusslinie, Irland und Frankreich sind bedroht. Die kürzlichen Finanzgeschenke an marode Banken, die „Krisenpläne" und Steuersenkungen für die Reichsten haben gigantische Löcher in die Staatsbudgets gerissen. Unsere Regierungen haben Banken vor dem Bankrott bewahrt, ohne irgendeine Gegenleistung zu verlangen. Nun stützen sich dieselben Banken auf die Unterstützung dieser Länder und haben wieder freie Hand, auf schlechte Kreditratings zu spekulieren. Sie sind wieder zurück, um von der Bevölkerung zu profitieren.

**Die Herausforderung ist schlicht: Wer wird die Rechnung bezahlen?** Wer wird die Bankenrettung bezahlen? Wer wird die Haushaltsdefizite bezahlen? Die europäische Union hat einen „Griechenland-Rettungsplan" bekannt gegeben, dessen Kredite aber nur den Spekulanten nützen, und nicht der griechischen Bevölkerung. Darüber hinaus bieten sie auch keine langfristige Lösung.

**Soziale Rechte stehen überall auf dem Spiel**. Wenn die Menschen nicht sofort und entschieden reagieren, werden sie **einer gegen den anderen ausgespielt**, so wie es schon jetzt den Griechen ergeht, die als „unverantwortlich" und „Schummler" dargestellt werden. Niemand kann voraussehen, wo diese Aufstachelung enden soll. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, müssen wir mobilisieren und den Griechen zur Seite stehen. Gestern (am 5. Mai), haben die griechischen Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen einen Generalstreik organisiert und um die Solidarität von internationalen, sozialen Bewegungen, Netzwerken und Organisationen gebeten.

Wir, Mitglieder von Bewegungen und Organisationen, die dem Internationalen Rat des Weltsozialforums angehören, nutzen unser Treffen in Mexiko, um unsere **Solidarität mit den griechischen und europäischen Bewegungen** auszudrücken, und unterstützen ihre **Forderung nach strengen Maßnahmen gegen Finanzspekulation, und die Erstellung eines echten finanziellen Solidaritätsplans, der der griechischen Bevölkerung dient, statt den Finanzmärkten und Spekulanten**.

Die Krise in Griechenland bekräftigt unsere Entscheidung, uns der neoliberaler Finanzpolitik entgegen zu stellen und **die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherzustellen, im Süden wie im Norden.**

***Unterschriften:***

*Rita Freire, CIRANDA, Brazil*
*Viriato Tamele, CJE, Mozambique*
*Gustave Massiah, CRID, France*
*Ryu Mikyung, KCTU, Korea*
*Christophe Aguiton, ATTAC, France*
*Geneviève Azam, ATTAC, France*
*Nicola Bullard, Focus on the Global South, Thailand*
*Edward Oyugi, SODNET, Kenya*
*Mireille Fanon-Mendes-France, Fondation Frantz Fanon*
*Allam Jarrar, Palestinian NGO network*
*Chico Whitaker, Brazilian Commission Justice and Peace*
*Moema Miranda, Ibase, Brazil*
*Virginie Vargas, Articulacion Feminista Marcosur, Peru*
*Taoufik Ben Abdallah, Enda, Sénégal*
*Abbé Antoine Ambroise Tine, Italie*
*Babacar Diop, ICAE-PALAE, Sénégal*
*Demba Moussa, Forum Africain des Alternatives, Sénégal*
*Dan Baron, IDEA, Brazil-Wales*
*Celina Valadez, Dinamismo Juvenil, Mexico*
*Diana Senghor, PANOS, Sénégal*
*Alexandre Bento, CUT, Brazil*
*Salete Valesan, IPF, Brazil*
*Jason Nardi, Social Watch, Italy*
*Hélène Cabioc'h, AITEC, France*
*Nicolas Haeringer, ATTAC, France*
*Nathalie Péré-Marzano, CRID, France*
*Azril Bacal, Uppsala Social Forum, Sweden/Peru*
*Francine Mestrum, Global Social Justice, Belgium*
*Hector-Leon Moncayo, Alianza Social Continental, Colombia*
*Leo Gabriel, Austrian Social Forum, Austria*
*Wilhelmina Trout, World March of Women, South Africa*
*Bheki Ntshalintshali, COSATU, South Africa*
*Ivette Lacaba, COMCAUSA, Mexico*
*Samir Abi, ATTAC Togo/ROAD, Togo*
*Olivier Bonfond, CADTM, Belgium*
*Walter Baier, Transform!, Austria*
*Diego Azzi, CSA, Brazil*
*Marco A. Velazquez N., RMALC, Mexico*
*Miguel Santibanez, ALOP, Chile*
*Hector de la Cueva, Alianza Social Continental*
*Jennifer Cox, PPEHRC, USA*
*Jorge Lopez, CAMBIOS, Mexico*
*Ana Esther Cecena, Red en Defensa de la Humanidad, Mexico*
*Lorena Zarate, HIC-AL, Mexico*
*Refaat Sabbah, Alternatives International, Palestine*
*José Miguel Hernandez, CCFSM, Cuba*
*Maria Atilano, World March of Women, Mexico*
*Monica Di Sisto, FAIR, Italy*
*Yoko Kitazawa, Japan Network on Debt & Poverty, Japan*
*Marcela Escribano, Alternatives*
*Vinod Raina, Alternatives Asia, India*
*Njoki Njoroge Njehu, Daughters of Mumbi Global Resource Center, Kenya*
*Ali Karamat, Pakistan Peace Coalition (PPC)/Pakistan Institute of Labour Education and Research, Karachi (PILER), Pakistan*
*Piero Bernocchi, Italian Coordination for ESF and WSF, Italy*
*Ana Prestes, OCLAE*
*Feroz Mehdi, Alternatives International*
*Amit Sengupta, Peoples Health Movement, India*
*Osvaldo Leon, Agencia Latinoamericana de Información*

*Original: http://www.cadtm.org/Solidarity-with-the-Greek-people*

*Übersetzung: Felix von Drigalski, www.coorditrad.attac.org*

**Elmar Altvater, Sven Giegold, Birgit Mahnkopf & Hermann Scheer**

# Griechenland ist überall

**Positionspapier des Instituts Solidarische Moderne**

*Um die Finanzspekulation gegen Staaten und Währungen mit ihren elementaren Gefahren für Demokratie und Wirtschaft zu beenden, sind politische Strukturreformen auf nationaler und europäischer Ebene unverzichtbar.*

Die Europäische Union ist ins Visier der organisierten Geldspekulation geraten.
Das Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 123 Milliarden Euro und die 720 Milliarden Euro - Eilinitiative der EU-Finanzminister zur Abwehr der Spekulation mögen kurzfristig Entlastung bringen. Beides bannt jedoch weitere Krisengefahren nicht. Es müssen strukturelle Maßnahmen zur Unterbindung gemeingefährlicher Finanzspekulationen ergriffen werden – und zwar bevor der nächste Angriff erfolgt.
Die potentiellen Angriffsziele für den Einsatz spekulativer Finanzinstrumente, mit denen die Griechenland-Krise in den letzten Wochen auf die Spitze getrieben wurde, sind ja längst bekannt: Spanien, Portugal, Großbritannien. In Europa und anderswo gibt es indes noch weitere prominente staatliche Schuldner, die ihre – nicht zuletzt in Folge der Rettungsaktionen für private Finanzinstitute – dramatisch angewachsenen Verbindlichkeiten nicht mehr ordentlich bedienen können und vor einer Umschuldung stehen. Indem die Staaten wieder zum Schuldendienst an private und öffentliche Kreditgeber befähigt werden sollen, müssen sie sich harten Bedingungen bei der Gestaltung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben unterwerfen – ohne dass dabei mit Rücksicht auf die Folgen zu rechnen ist, die eine Umschuldung für die jeweilige Wirtschaft, für die Demokratie und für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft hat.
Organisierte Angriffe auf den Euro sind wegen ihrer Wirkungen Angriffe auf die europäischen Gesellschaften insgesamt. Um diese abzuwehren, müssen kurzfristig in der EU jene Spielräume beseitigt werden, die den Finanzspekulanten von der Politik in den vergangenen Jahrzehnten eröffnet wurden. Solange dies nicht in ausreichenden Maße erfolgt, reduziert sich Regierungshandeln auf das Schnüren von finanziellen Rettungspaketen, die aus Steuermitteln finanziert werden, mithin die Bürger in „Solidarhaftung“ nehmen. Wenn die nächste Finanzblase platzt, gibt es keine nochmaligen finanzwirtschaftlichen Spielräume von Regierungen mehr – weder für Bankenrettungsschirme, für Hilfspakete an Länder wie Griechenland oder für eine Aufstockung des Milliardenpakets, das zur Verteidigung des Euro bereit gestellt werden müsste, zu einem Billionenpaket.

*Wir meinen: Gesellschaften sind keine Aktiengesellschaften, deren Wertpapiere von Aktionären an der Börse gehandelt werden. Gesellschaften sind vor der Finanzspekulation und ihren zerstörerischen Folgen zu schützen – indem die Politik sich ihr Primat über die Finanzmärkte zurück erobert.*




(www.france.attac.org)

Dringend notwendig ist eine Korrektur des Hilfspakets für Griechenland. Die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Härten für die griechische Bevölkerung destabilisieren die Gesellschaft und gefährden darüber hinaus den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union insgesamt. Notwendig wären hingegen – in Griechenland wie anderswo in der EU – Maßnahmen zur Sicherung der Steuerehrlichkeit, zur Verringerung der eklatanten Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, zur Unterbindung der Korruption, zur Verteidigung öffentlicher Güter und Räume als Grundbedingung für demokratische Partizipation. Der Entsolidarisierung in der EU muss durch rational begründete, glaubwürdige und überzeugende Konzepte gegen die schwere Finanz-, Wirtschafts-, Staats- und Integrationskrise entgegen gewirkt werden. Was vor allem von der BILD-Zeitung in volksverhetzender Weise gegen die griechische Bevölkerung kampagnenmäßig betrieben wird, sind anti-europäische Geister, die in den letzten Wochen von CDU/CSU und FDP aus der Flasche entlassen wurden.

*Wir meinen: Eine gezielte Korrektur der Griechenland gestellten Bedingungen ist angebracht. Diese sollten im Zusammenhang mit den folgenden „strukturellen“ Maßnahmen vorgenommen werden. Dabei muss unterschieden werden zwischen kurzfristig ergreifbaren Massnahmen und solchen, für deren komplexe Ausgestaltung es noch einen Erörterungsbedarf gibt.*

## Kurzfristig sollten folgende Massnahmen ergriffen werden:

### 1. Maßnahmen in besonderer deutscher Verantwortung

Deutschland trägt als das größte und leistungsstärkste EU-Mitgliedsland eine besondere Verantwortung sowohl für die aktuelle Zuspitzung der Spekulationskrise als auch für wirtschaftspolitische Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen, welche indirekt die Finanzspekulation erleichtert haben. Die anfängliche Verweigerungshaltung der Bundesregierung gegenüber einem Hilfspaket für Griechenland hat die Spekulation erst richtig angeheizt. Die Notlagen anderer EU-Länder sind auch durch stetig wachsende deutsche Exportüberschüsse im Handel mit anderen Mitgliedsstatten der EU entstanden. Die so entstandenen Ungleichgewichte in der EU sind nicht zuletzt eine Folge politisch gewollter rückläufiger Reallöhne und Abgabenquote in Deutschland. Die massive Ausweitung eines Niedriglohnsektors und die Weigerung der deutschen Regierung, einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn einzuführen, haben nicht nur Konsequenzen für die davon unmittelbar Betroffenen und für die Belastung der deutschen Sozialkassen. Sie sind auch mitverantwortlich für die wachsenden Ungleichgewichte im Euro-Raum. Eine einseitiger Standortlogik verpflichtete nationalstaatliche Politik ist unsolidarisch gegenüber den Menschen in anderen Volkswirtschaften im EU-Raum. Dem muss entgegengewirkt werden durch

- die unverzügliche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland – etwa analog zu Frankreich.
- ein Investitionsprogramm, das antizyklisch auf Wachstum des deutschen Binnenmarktes zielt, beispielsweise durch eine

massive Erweiterung des energetischen Altbausanierungsprogramms – statt dessen Kürzung, wie sie gerade von der Bundesregierung vorgenommen wurde.
- die Einführung einer Vermögenssteuer zur Verringerung der dramatischen Haushaltsdefizite, zumindest auf der Basis des Durchschnittsniveaus der vergleichbaren EU-Mitgliedsländer, die diese erheben. Eine Vermögenssteuer würde auch einen Teil der Geldvermögen abschöpfen, die Forderungen gegenüber Schuldnern begründen und zur Spekulation eingesetzt werden. Sie ist ein Mittel, um die Gefahr der Überschuldung mindern.

2. **Die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa**
Diese Steuer muss auf alle Finanztransaktionen erhoben werden; sie ist ein unverzichtbares Heilmittel gegen das Spekulationsfieber. Die Weigerung der Bundesregierung ist abwegig, diese Besteuerung im Zusammenhang mit dem Hilfspaket für Griechenland der EU zu sehen. Die Steuer kann in der Eurozone oder auch in der EU erhoben werden, wenn auf globaler Ebene kein Übereinkommen zu erzielen ist. Innerhalb der Eurozone ist die deutsche Bundesregierung skandalöserweise der schärfste Gegner der Steuer.

**3. Die sofortige Gründung öffentlicher Rating-Agenturen**
Die drei für die Bewertung von Krediten und die Risikoeinschätzung von Schulden maßgeblichen US-amerikanischen Rating-Agenturen sind Privatunternehmen, die selbst integraler Teil des globalen Spekulationstreibens sind. Sie haben ihre Integrität und Glaubwürdigkeit längst verspielt, wie sich nicht nur an der unverantwortlichen Überbewertung der US-amerikanischen Immobilienwerte gezeigt hat, die einer der Auslöser der Finanzkrise im Jahr 2008 war. Auch im Fall Griechenland haben sie mutwillig mit der Ende April erfolgten Herabstufung der Qualität griechischer Staatsanleihen Öl ins Feuer gegossen, obwohl diese Abstufung keinerlei Ursachen in einer gegenüber den Vormonaten verschlechterten Situation Griechenlands hatte. Ratings verdanken ihren heutigen überproportionalen Stellenwert staatlichen Regelungen, die diese zur Bedingung für Kreditvergaben machen.
Daher muss die Politik die Eigenkapitalvorschriften im Rahmen von Basel II diesbezüglich kurzfristig aufheben und zügig grundlegend reformieren.
Wie zuletzt auch von Bundespräsident Köhler gefordert, müssen unverzüglich eine oder mehrere öffentliche Rating-Agenturen gegründet werden. Es gibt keine Notwendigkeit, sich nur auf eine einzige öffentliche Rating-Agentur zu beschränken. Wenn es drei faktisch weltweit federführende private Rating-Agenturen gibt, kann es auch mehrere öffentliche geben. Finanzstabilität ist ein globales, in diesem Fall europäisches öffentliches Gut. Daher darf dessen Pflege nicht profitorientierten privaten Unternehmen überlassen werden. Die Qualität der Ratings muss von der neuen Europäischen Börsen- und Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA ex post evaluiert und für jeden und jede zugänglich bewertet werden. Grundsätzlich ist zu untersagen, dass Ratings von den Bewerteten finanziert werden.

**4. Die EZB muss ebenso wie eine nationale Notenbank innerhalb der EU die Möglichkeit bekommen, Regierungen Kredite zum Niedrigstzinssatz zu gewähren.**
Die EZB hat – ebenso wie das US-amerikanische Federal Reserve System – nach dem Ausbruch der Bankenkrise an Banken Geld zum Niedrigst-Zinssatz von zum Teil weniger als einem Prozent vergeben. Dafür wurden systemische Gründe geltend gemacht. Die extreme und durch nichts zu rechtfertigende Einseitigkeit, dass die EZB Geld zu Zinssätzen zwischen 0,25 und 1,5 Prozent an private Banken vergibt, aber nicht an Griechenland oder an einen anderen Staat Geld zu ähnlich günstigen Konditionen vergeben darf, ist eine einseitige Privilegierung von privaten Finanzinstituten und Privatinvestitionen und eine Diskriminierung staatlicher Institutionen, obwohl deren Investitionen nicht ertragsorientiert und auf längerfristigen öffentlichen Bedarf ausgerichtet sind. Für Staatsausgaben, für Bildung, Forschung oder Infrastruktur gibt es mindestens so schwerwiegende systemische Gründe wie für die Sicherung der Kreditwirtschaft.
Dass für Staaten nach dem EZB-Statut verboten ist, was für private Banken möglich ist, ist ein neoliberales Relikt in der Satzung der EZB, die Bestandteil der Europäischen Verträge ist. Die Befürchtung, dass EZB-Kredite von Regierungen zu einer unsoliden Haushaltspolitik missbraucht werden könnten, führte zu einer Regel, die milliardenschwere leistungslose Einkommen der Banken begründet. Sie ist sogar angesichts des zweckentfremdenden Missbrauchs der Banken zynisch: Die Niedrigzinskredite der EZB an private Banken werden von diesen nicht zu günstigen Konditionen an die krisengeschüttelte Realwirtschaft weitergegeben, sondern mit kräftigen Zinsaufschlägen zur weiteren Finanzspekulation eingesetzt – als hochverzinste Kredite an verschuldete Staaten wie Griechenland, das mit einer rigiden Haushaltpolitik der Einsparungen die Kassen eben dieser Banken auffüllt!
Wir plädieren daher für eine glaubhaft kontrollierte, aber grundsätzliche Öffnung der Bereitstellung von Zentralbankgeld für öffentliche Investitionsprojekte der Euro-Mitgliedsländer.

**Neben diesen Maßnahmen müssen weitere längerfristig bedeutsame Schritte eingeleitet werden.**
**Zwei politische Initiativen sind dabei von zentraler Bedeutung:**

**1. Eine Initiative für eine Wiedereinführung vereinbarter Wechselkurse:**
Die Einführung des EURO war der Versuch, der Währungsspekulation entgegenzuwirken. Im EURO-Raum ist dies bisher gelungen. Der Außenwert des Euros zeigt jedoch seit seiner Einführung massive Schwankungen, die nicht realwirtschaftlich begründet sind, sondern ein Ergebnis staatlicher Kurspflege als auch spekulativer Übertreibungen sind. Daher muss die Spekulation mit Währungen an der Börse durch eine politisch koordinierte globale Wechselkursgestaltung eingedämmt werden.

**2. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der Eurozone**
Die aktuelle Krise zeigt, dass das europäische Integrationsprojekt selbst als ein Währungsraum nur dann eine Zukunft hat, wenn es zu einem Wirtschafts- und Sozialraum ausgebaut wird. Dies verlangt nach einer gemeinsamen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, um die entsolidarisierende Konkurrenz ungleicher Wirtschaftsräume innerhalb der EU zu überwinden.
Diese Massnahmen bedürfen allerdings in ihren vielen Einzelaspekten einer intensiven Erörterung. An dieser Diskussion wird sich das „Institut Solidarische Moderne“ mit Vorschlägen beteiligen.

**Zusammenfassend:**
In der gegenwärtigen Krise steht die EU an einem Scheideweg. Entweder das europäische Integrationsprojekt wird durch politisch proaktive Initiativen vervollkommnet oder es scheitert, mit katastrophalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die Krise macht sichtbar, dass durch die Freisetzung der Finanzmärkte die Integration nicht befördert, sondern unterminiert worden ist – mit hohen finanziellen und politischen Kosten für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, deren Ausmaß heute noch gar nicht auszumalen ist.
**www.solidarische-moderne.de**

***Weitere Dokumente und Stellungnahmen:***
***„Sand im Getriebe“ Nr. 81 und 82*** ***http://www.attac.de****/startseite*
*„**Krisenmythos Griechenland“ von Tomasz Konicz** in http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32551/1.html*
***http://www.labournet.de****/internationales/gr/schuldenkrise.html*
***http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden****/regionen/Griechenland/Welcome.html*
***http://www.france.attac.org****/spip.php?rubrique1169*

# Europäische Attac-Gruppen

# Solidarisch mit der griechischen Bevölkerung

***Wir fordern echte Lösungen der Euro-Krise zum Wohl der Menschen***
***Lasst die Finanzakteure zahlen und erobert die Demokratie zurück***

Mehrere europäische Attac Gruppen begrüßen und unterstützen den gerechtfertigen Widerstand der Bevölkerung Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder dagegen, dass sie für eine vom Kapitalismus verursachte Krise bezahlen sollen.
**Wir weisen die falschen Beschlüsse der EU-Regierungen in der Euro-Krise zurück.**

In Griechenland und anderen europäischen Ländern versuchen die Regierungen, die Mehrheit der Menschen für die gegenwärtige Krise zahlen zu lassen. Die EU-Kommission, die EU-Mitgliedsländer und der Internationale Währungsfond (IWF) nutzen die Krise, um strenge Sparmaßnahmen durchzusetzen, darunter tiefe Einschnitte in die Gehälter der öffentlich Beschäftigten, die Kürzung oder das Einfrieren von Renten, das Aussetzen von Tarifverträgen, drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und so weiter.
Es ist die Strategie der Regierungen, auf diesem Wege das zu zerstören, was vom europäischen Sozialmodell noch übrig geblieben ist. Auch schon vor den Sparplänen hat die soziale Ungleichheit innerhalb Europas zugenommen, Griechenland und Portugal haben das größte Maß an sozialer Ungleichheit in der Eurozone. Das von den Mitgliedsstaaten am 11. Mai angenommene "Euro-Rettungspaket" behandelt in keiner Weise die Wurzeln der Euro-Krise. Es verschiebt Probleme nur, statt sie zu lösen.

**Ein ungerechtes und unwirksames Anpassungsprogramm für Griechenland**
Finanzakteure, die zuvor mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden und ein bisher nicht da gewesenes öffentliches Defizit verursacht haben, attackieren Staaten, indem sie gegen den Euro spekulieren. Jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen, erwarten sie, dass der Preis für ihre Rücksichtslosigkeit von den Bürgern durch tiefe Einschnitte in die Sozialausgaben bezahlt wird. Die Situation in Griechenland beweist einmal mehr die Dringlichkeit, die Finanzmärkte radikal zu regulieren.
Bereits vor der Finanzkrise hatten Steuersenkungen und andere Maßnahmen zu Gunsten von Unternehmen und privilegierten Wirtschaftssektoren das öffentliche Defizit verschlimmert. Zudem hat der offensichtliche Fehler der Euro-Zone, eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, zu großen Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen der europäischen Länder geführt. Die Exportstrategien Deutschlands und anderer Länder mit Handelsbilanzüberschüssen basieren auf Lohn- und Steuerdumping.
Die jetzt von der EU eingeforderten radikalen Sparmaßnahmen dienen allein den Interessen der Reichen und der Finanzakteure. Die überwältigende Mehrheit der Griechen ist nicht privilegiert; ihre Löhne und sozialen Rechte liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Griechenland braucht nicht niedrigere, sondern höhere Löhne; nicht weniger, sondern ein höheres Maß an öffentlicher Sozialpolitik. EU-Regierungen wollen überall einen strengen Sparkurs durchsetzen. In Portugal und Spanien haben sie bereits damit begonnen. Diese Politik kann nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der gegenwärtigen Krise beitragen und zugleich verschlechtert sie die ökonomische Lage in Griechenland und dem Rest der EU.

**Der "Euro-Stabilisierungspakt" wird die Situation verschlimmern**
Die Europäische Kommission wird auf den Finanzmärkten Kredite aufnehmen müssen, um Griechenland und anderen betroffenen Ländern Geld leihen zu können. Ein 60 Milliarden Euro schwerer "Stabilisierungs-Fonds" wird daher zunächst von Banken und Hedgefonds besorgt. Zusätzliche 440 Milliarden Euro könnten von den Regierungen der Euro-Zone garantiert werden.
Dieses Programm löst keines der grundlegenden und dem Euro seit 15 Jahren innewohnenden Probleme, die nun durch die Finanzkrise verschärft werden. Es sorgt nicht für einen koordinierten Abbau von Handelsungleichgewichten, insbesondere des deutschen Überschusses. Es bietet weder eine Grundlage für ein harmonisiertes europäisches Steuersystem, noch für einen gemeinsamen Haushalt, der das einzige zuverlässige Werkzeug für Solidarität wäre. Es soll eine Schuldenkrise durch die Aufnahme neuer Schulden lösen und bewahrt so die Abhängigkeit der Regierungen von den Finanzakteuren, den einzig echten Gewinnern der neuen europäischen Darlehen. Das Programm wird Europa voraussichtlich in eine bisher nicht gekannte Deflation und Stagnation stürzen.
Europäische Regierungen stellen die Spekulations-Krise weiterhin als "Naturkatastrophe" dar, die nur durch ein Opfer in Höhe von hunderten Milliarden Euro gelöst werden kann – eingetrieben durch Kürzungen der Sozialausgaben und öffentlichen Dienstleistungen. Aber Spekulanten sind Menschen, keine überraschend ausbrechenden Vulkane. Die von ihnen verursachten Desaster geschehen, weil wir es ihnen gestatten. Dennoch sträuben sich die europäischen Regierungen, auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen, die ein solches Desaster ein für alle Mal verhindern.

**Wir fordern:**

1. Die Einführung eines echten Solidarplans für Griechenland, der einen Ausweg aus der Krise ermöglicht, ohne soziale Errungenschaften zu zerstören und soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Der Plan soll finanziert werden durch eine Besteuerung von Kapitaleinkommen und derjenigen, die von der Krise profitieren.

2. Die Möglichkeit für Länder der Euro-Zone, sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu denselben Bedingungen wie Privatbanken Geld zu leihen, sowie eine demokratische und politische Kontrolle der EZB, um eine solidarische Währungspolitik der Eurozone zu ermöglichen.

3. Eine umfassende Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer; ein Verbot von Credit Default Swaps (CDS); die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen; Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung in Griechenland und überall; die Schließung aller Steueroasen in Europa sowie die Vergesellschaftung von Banken, die als zu groß zum Scheitern ("too big to fail") eingestuft werden.

4. Die koordinierte Reduktion von externen Handelsungleichgewichten und eine abgestimmte Lohnpolitik inklusive Mechanismen zur Einführung von Mindestlöhnen in Europa, um Sozialdumping zu vermeiden.

5. Die Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Euro-Zone und der EU, einschließlich der Einführung eines gemeinsamen europäischen Haushalts, sowie eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik auf höherem Niveau, um so die Euro-Zone zu einem Raum der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität umzuwandeln.

6. Keine Intervention des IWF in europäische Angelegenheiten und Ablehnung der Sparmaßnahmen, die er seinen Schuldnerstaaten auferlegt.

Wir appellieren an die Zivilgesellschaft der EU, Druck auf die Regierungen auszuüben, um diese Vorschläge voranzutreiben. Gemeinsam müssen wir alle nationalistischen oder rassistischen Ansätze ebenso wie nationalen Egoismus zurückweisen. Wir müssen gemeinsam Lösungen voranbringen, die das Problem an der Wurzel packen und die Gewinner des Systems, die diese Krise verursacht haben, zahlen lassen.
Unsere Vorschläge sind lediglich Notfallmaßnahmen für die unmittelbaren Auswirkungen der Krise und sollen sicherstellen, dass die große Mehrheit der Griechen und der Bevölkerung in unseren eigenen Ländern nicht für die Krise zahlen muss, für die sie nicht verantwortlich ist.
Langfristig müssen wir an einem alternativen Finanzsystem arbeiten.

**Mai 2010 Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Italien, Attac Katalonien, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Portugal, Attac Spanien, Attac Ungarn, Attac Wallonien-Brüssel**

## Attac Deutschland: Jetzt Finanztransaktionssteuer in der EU durchsetzen!

# "Finanzaktivitätssteuer" als Ersatz wäre ein fauler Trick

*Frankfurt am Main, 18.05.2010*
Das globalisierungskritische Netzwerk begrüßt, dass sich die schwarz-gelbe Koalition auf die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer geeinigt hat. *"Das ist ein großartiger Erfolg für die globalisierungskritische Bewegung und macht deutlich: Steter Tropfen höhlt den Stein. Zehn Jahre nach der Geburt von Attac kommt selbst die neoliberale FDP nicht mehr an unserer anfangs nur belächelten Gründungsforderung vorbei"*, sagte Detlev von Larcher vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. *"Jetzt liegt es an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Finanztransaktionssteuer in Europa durchzusetzen. Faule Ausreden gelten nicht mehr."*

Attac betonte, eine so genannte Finanzaktivitätssteuer sei kein Ersatz für eine Finanztransaktionsteuer. Die beiden Steuern gleichzusetzen, sei ein fauler Trick und der durchsichtige Versuch der Koalition, sich eine Hintertür offen zu lassen. *"Wir lassen uns kein X für ein U vormachen und werden so lange Druck machen, bis die Finanztransaktionsteuer eingeführt ist*", kündigte Matthias Schmelzer, ebenfalls Mitglied im Attac-Koordinierungskreis an. Die vom IWF ins Spiel gebrachte Finanzaktivitätssteuer, die lediglich auf die Gewinne und Gehaltszahlungen von Bankern erhoben werden soll, bringe viel weniger Geld ein und habe so gut wie keine regulierende Wirkung auf die Finanzmärkte. *"Es geht darum, die hochriskante kurzfristige Spekulation einzudämmen. Das geht nur mit einer Steuer auf die Transaktionen an den Finanzmärkten"*, sagte Matthias Schmelzer.
Agenturmeldungen zufolge fordert der Koalitionsausschuss die Bundesregierung in seinem heutigen Beschluss auf, sich auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer einzusetzen, "das heißt eine Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer".
Attac fordert die sofortige Einführung der Finanztransaktionssteuer im Euroraum als ersten Schritt zu ihrer weltweiten Einführung. Die Einnahmen sollen nicht ausschließlich der Abfederung der Krisenfolgen in den Ländern des globalen Nordens dienen, sondern für die Armutsbekämpfung und Klimaschutz weltweit eingesetzt werden.

Attac Deutschland engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2000 für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – seit Sommer vergangenen Jahres in der Kampagne **"Steuer gegen Armut**". Das Kampagnenbündnis wird von mittlerweile 60 Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen getragen. Im Dezember haben mehr als 66.000 Bürgerinnen und Bürger innerhalb kürzester Zeit eine Online-Petition des Bündnisses für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer unterzeichnet. Europaweit haben die Forderung bereits mehr als 250.000 Menschen unterschrieben. Bei der Anhörung am Montag im Finanzausschuss waren mehrere Experten des Bündnisses vertreten.

S. auch: **Attac Österreich**: 18.05.2010: Finanztransaktionssteuer: Regierungen müssen den Sack jetzt zu machen - Politische Debatte hinkt den Notwendigkeiten um Jahre hinterher, http://www.attac.at/8822.html

**http://www.steuer-gegen-armut.org/**

## Attac Österreich, FIAN Österreich, Guatemala Solidarität, Informationsgruppe Lateinamerika

# EU-Lateinamerika Gipfel: EU ignoriert Menschenrechtsverletzungen



http://www.attac.at/8805.html

Wien, 17.05.2010 -- Anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels (EULAC) in Madrid am 18. Mai 2010 verurteilen europäische und lateinamerikanische Organisationen den geplanten Abschluss so genannter "Assoziierungsabkommen" zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika, Peru und Kolumbien. Sie fordern eine europäische Handelspolitik, die nicht Freihandel, Exportorientierung und Sozialabbau, sondern Menschen- und Umweltrechte ins Zentrum rückt.

Carlos Aguilar, Koordinator des lateinamerikanischen Widerstandsnetzwerks "Grito de los Excluidos" aus Costa Rica: "*Unter dem Deckmantel von ‚Assoziierung', Menschenrechten und Demokratie versucht die EU vorrangig, neue Absatzmärkte zu erschließen, sowie den Ressourcenzugang und die Rechte ihrer Investoren abzusichern*." Menschenrechte spielen jedoch dabei für die EU keine Rolle. *"Die EU verhandelt selbst mit der illegitimen Regierung von Porfirio Lobo in Honduras, die RegimekritikerInnen verfolgt und ermordet. Die Anzahl politischer Morde und anderer Menschenrechtsverletzungen ist alarmierend. Allein seit Jänner wurden sieben Journalisten umgebracht"* , sagt Lorena Zelaya, Aktivistin in der honduranischen Organisation "Bloque Popular".*
"*Die "Assoziierungsabkommen" treiben ein exportorientiertes Modell voran, bei welchem nur wenige, von GroßproduzentInnen dominierte Wirtschaftssektoren, profitieren. Dies wirkt sich sehr nachteilig auf kleinere ProduzentInnen aus*", sagt Rudolf Remler-Schöberl von der Dreikönigsaktion. "*Durch den verstärkten Druck auf Land und Abholzung könnten vermehrt Landkonflikte und Hunger entstehen. Das Menschenrecht auf Nahrung in den betroffenen Regionen, speziell im ländlichen Raum und in Gebieten indigener Völker, ist dadurch gefährdet*", gibt Ralf Leonhard, Vorstandsmitglied von FIAN Österreich, zu bedenken.
Auch in Europa schadet der in den Abkommen vorangetriebene Freihandel Menschen und Umwelt.. Es profitieren letztlich nur wenige -- vorrangig europäische - multinational agierende Unternehmen. "*Mit dem Argument, Wettbewerbsfähigkeit europäischer Exportgüter zu sichern, werden in der EU Löhne gekürzt sowie Sozialleistungen reduziert oder abgeschafft*", kritisiert Alexandra Strickner von Attac Österreich.
Parallel mit dem offiziellen EULAC-Gipfel organisieren zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa und Lateinamerika den Gegengipfel **"Enlazando Alternativas"** vom 14. bis 18. Mai in Madrid. **(www.enlazandoalternativas.org).**

Weitere Informationen:
**http://www.stop-assoziierung.de/**

**Lorena Zelaya ist seit dem Putsch in Honduras führendes Mitglied der Widerstandsbewegung für eine neue Verfassung. Aufgrund eines angedrohten Boykotts des EULAC-Gipfels durch mehrere lateinamerikanische Länder im Falle der Teilnahme der illegitimen Regierung Porfirio Lobos verzichtete Honduras zwar auf eine Teilnahme am offiziellen Gipfel; an den Verhandlungen zu den Assoziierungsabkommen wird Honduras jedoch weiterhin teilnehmen.*

# Attac Österreich

# „Wege aus der Krise“:

## In die Zukunft investieren - 250.000 sinnvolle Arbeitsplätze schaffen

### Statt Sparpaketen und Massensteuern: Überfluss besteuern bringt 13,4 Mrd. Euro Zukunftsgeld

Die Regierung ist unwillig zukunftsfähige Antworten auf die Krise auf den Tisch zu legen. Ihre defensive Politik stützt alte wirtschaftliche Strukturen. Sparpakete und Massensteuern werden Armut und Arbeitslosigkeit erhöhen. Die breite zivilgesellschaftliche **Allianz „Wege aus der Krise“*** präsentiert heute ein umfassendes Gegenprogramm dazu: Die Kampagne „Überfluss besteuern – in die Zukunft investieren.“

Nicht weniger als 13,4 Milliarden Euro können für mehr soziale Sicherheit, für bessere Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung, für nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien, für lokale und globale Armutsbekämpfung sowie für die Reduktion des Budgetdefizits aufgebracht werden. Knapp 250.000 gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze in Zukunftsbereichen würden entstehen.** Voraussetzung dafür ist allerdings eine mutige Politik, die Überfluss gerecht besteuert und Arbeit gerecht verteilt.

*„Das nötige Geld für soziale, ökologische und demokratische Investitionen ist dort vorhanden, wohin in den letzten Jahren umverteilt wurde. Gegenwärtig besitzen die reichsten 10 Prozent knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens. Sie können durch Vermögenssteuern, progressive Erbschafts- und Schenkungssteuern, einem Ende der Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen, Stiftungen und Kapitalgesellschaften, eine Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuern einen gerechten Beitrag leisten“*, sagt Attac Obfrau Alexandra Strickner.

Eine gute Pflege und Betreuung bei Krankheit und im Alter, das wünscht sich die Bevölkerung. *„Wir fordern eine Sozial- und Gesundheitsoffensive, die den Ausbau des Angebots an Pflege und Betreuung zum Ziel hat. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft sind Investitionen in diesen Bereich unumgänglich“*, sagt der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner. Mit einer „Sozialmilliarde“ von einer Milliarde pro Jahr können rund 20.000 Arbeitsplätze im Bereich Gesundheit und Soziales geschaffen werden.

Martin Schenk von der Armutskonferenz: *„Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt - sowohl bei der Pflege als auch bei der Kinderbetreuung. In Österreich werden etwa nur 45 Prozent der 3 bis 4-Jährigen betreut, in Deutschland hingegen knapp 70 Prozent und in Dänemark 82 Prozent. Hier gibt es viel Potential, das brach liegt. Denn eine gute Vorschulförderung nützt allen, aber besonders Kindern aus ärmeren Haushalten. Ingesamt entstehen bei Kinderbetreuung wie bei der Pflege Win-win-Situationen zwischen Fraueneinkommen, Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Pflegeentlastung Angehöriger.“*




**http://www.wege-aus-der-krise.at**

Jens Karg, Sprecher der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000: *„Angesichts der drohenden Klimakatastrophe ist ein 'business as usual' schlicht keine Option. Die CO2-Emmissionen müssen europaweit bis 2020 mindestens um 40 Prozent gesenkt werden. Das zentrale Ziel einer Ökologisierung des Steuersystems liegt deshalb im Lenkungseffekt weg von der Nutzung fossiler Brennstoffe hin zu erneuerbaren Energien. Natürlich müssen wir Teile der Steuereinnahmen reinvestieren. Wohnraum muss energieeffizienter und somit billiger gemacht werden. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss zur nachhaltigen, funktionierenden und leistbaren Form der Mobilität ausgebaut werden. Das schafft Arbeitsplätze und den so dringend notwendigen ökologischen Wandel.“*

*„In unserem neoliberalen Wirtschaftssystem stehen Wettbewerb und Gewinnmaximierung an oberster Stelle. Arbeit ist ungerecht verteilt und viele Menschen bleiben auf der Strecke. Der Arbeitsalltag ist geprägt von ständig wachsendem Druck und Stress, von Unsicherheit und Vertrauensverlust. Arbeitslose werden als Sozialschmarotzer an den Pranger gestellt. Die Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung (KABÖ) setzt sich ein für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust, aber auch für eine Neubewertung der Arbeit, die den Anforderungen einer sozialen und ökologischen Entwicklung gerecht wird“*, sagt KABÖ-Bundesvorsitzender Reinhold Grausam.

*„Die Verteilung von Teilhabechancen hat in unserem Land eine demokratiepolitisch bedenkliche Asymmetrie erreicht“*, sagt Philipp Sonderegger von SOS Mitmensch. Einige Interessensgruppen seien aufgrund ihrer ökonomischen Macht in der Lage, direkt auf die Politik Einfluss zu nehmen. Andere hätten nicht einmal die Möglichkeit das politische Geschehen zu verfolgen und zu verstehen: *„21 Prozent der 15-Jährigen sind in Österreich laut Bildungsexperten defacto Analphabeten. Sie werden kaum in der Lage sein, ihre Interessen bei der demokratischen Willensbildung wirksam zu vertreten. Das ergibt einen idealen Nährboden für autoritäre Strömungen“*, warnt Sonderegger. *„Investitionen in den Bildungsstandort Österreich sind deshalb zugleich eine Investition in den Demokratiestandort Österreich.“*

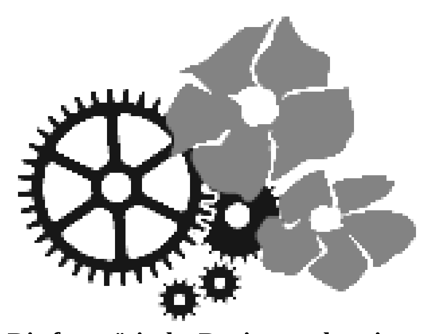
Die VertreterInnen der Organisationen sind sich einig: ***„Ein gutes Leben für alle Menschen erfordert eine Demokratie, die Mitbestimmungsrechte garantiert und ein Wirtschaftssystem, das die Befriedigung von Grundbedürfnissen, globale Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel hat. Unsere Forderungen sind die ersten nötigen Schritte in diese Richtung.“***

*Armutskonferenz, Attac Österreich, GLOBAL 2000, Greenpeace, Katholische Arbeitnehmer/innenbewegung Österreich, SOS Mitmensch, PRO-GE - die Produktionsgewerkschaft, VIDA - die Lebensgewerkschaft/

Übersichtstabelle Überfluss besteuern – in die Zukunft investieren
http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/Uebersichtstabelle.pdf
Detailinfo: Überfluss besteuern:
http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/Ueberfluss_besteuern.pdf
Detailinfo: In die Zukunft investieren:
http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/In_die_Zukunft_investieren.pdf

Attac Frankreich, Association Copernic

# Den Rentenforderungen der Bürger Gehör verschaffen!



**Die französische Regierung bereitet eine neue „Reform“ vor, die dem umlagenfinanzierten Rentensystem einen fatalen Stoß versetzen könnte**, und versichert dabei ein weiteres Mal, es retten zu wollen. Die Bilanz der Reformen seit 1993 ist schon katastrophal genug, da alle seit 1993 getroffenen Maßnahmen (Berechnung auf der Grundlage der 25 besten Jahre, Indexierung über die Preise und nicht mehr über die Löhne der Beschäftigten, Verlängerung der Beitragsdauer mit Abzügen bei Unterschreitung derselben) das Rentenniveau um ungefähr 20% gesenkt haben. Sie haben die ohnehin schon große Ungleichheit zwischen den Renten der Männer und denen der Frauen noch verstärkt. Der „Conseil d'orientation des retraites“, COR (Beratendes Gremium aus Parlamentariern, Sozialpartnern und Administration) sieht voraus, dass das Rentenniveau im Verhältnis zu den Löhnen von 72 % im Jahr 2007 auf 59 % im Jahr 2050 sinken wird. Diese Verschlechterung wird die gegenwärtigen Rentenbezieher und auch die folgenden Generationen treffen.

**Trotz dieser katastrophalen Bilanz will die Regierung noch weitergehen und das gesetzliche Renteneintrittsalter von 60 Jahren** auf 62 bzw. 65 oder 67 Jahre anheben, wie es der Verband der Arbeitgeber (Medef ) fordert. Außerdem soll die Berechnung der Renten des öffentlichen Dienstes auf der Grundlage der letzten 6 Monate in Frage gestellt werden. Zusammen mit der Beitragsverlängerung, um eine volle Rente zu erhalten, würden solche Maßnahmen viele Menschen in die Altersarmut führen, insbesondere die Frauen und all jene, die Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Prekariats erfahren haben. Besonders die jüngeren Arbeitnehmer werden unter all diesen Auswirkungen zur Zeit ihres Rentenbeginns zu leiden haben.

**Wo sind die Jobs für die Älteren?**

Die Regierung und die Arbeitgeber bestehen darauf, die Bedingungen des Renteneintritts zu verschärfen, obwohl die Unternehmen fortfahren, sich der Arbeitskräfte vor dem Erreichen des Rentenalters zu entledigen. Die Verlängerung der Arbeits- und Beitragszeiten zu fordern, während das Durchschnittsalter des Berufsausstiegs bei 59 Jahren liegt, zielt auf nichts anderes als auf das Senken des Rentenniveaus. Zusätzlich stellt diese Logik die Solidarität zwischen den Generationen in Frage. Es macht keinen Sinn, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, während unter der Jugend Massenarbeitslosigkeit herrscht. Anstatt in der umlagenfinanzierten Rente eine ständige und solidarische Fürsorge einer Generation durch die Folgende zu sehen, stigmatisieren Regierung und Arbeitgeber diese Rente nur als eine Last der kommenden Generation mit dem Ziel, die Spaltung zwischen den Generationen zu verschärfen.

**Schlechtere Berechnungsgrundlage**

Dies sind aber nicht die einzigen Gefahren! Der COR gibt die Umrisse einer Reform zu erkennen, die unser Rentensystem durch eines der Punktevergabe oder qualitative Berechnung ersetzen würde. In beiden Fällen würde es darum gehen, nicht mehr den im Voraus definierten Ersatz der Lohnsumme zu sichern und dadurch die Flexibilität des Rentenniveaus als Mittel zum finanziellen Ausgleich zu machen. Dies würde die Absenkung des Rentenniveaus weiter verschärfen und die Arbeitnehmer zwingen, immer länger zu arbeiten – betroffen wären insbesondere die Ärmeren unter ihnen und diejenigen, die eine anstrengende Arbeit verrichten.

**Der wirkliche Grund der angekündigten Maßnahmen liegt nicht in der Demographie.**

Die Finanzkrise hat zu einer Rezession geführt, und damit zu einer Explosion der öffentlichen Schulden. Die Staaten fahren fort, ihre Defizite durch Anleihen auf denselben Finanzmärkten zu finanzieren, die zur Krise geführt haben. Diese Defizite könnten durch eine Besteuerung des Kapitals reduziert werden. Die Spekulanten lehnen natürlich diese Lösung ab und verlangen, dass die Staaten Garantien geben und fordern eine Verringerung der öffentlichen Ausgaben.

**Es gibt jedoch eine Alternative zu diesem Sozialabbau**. Soll die Verarmung der Rentner nicht das Ziel sein, so wäre es normal, die mit dem Anwachsen ihrer Anzahl verbundenen gesellschaftlichen Ausgaben durch ein stärkeres Abschöpfen des produzierten Reichtums zu decken. Die Defizite in den Rentenkassen sind der hartnäckigen Weigerung geschuldet, dies zu tun.

Die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Renten wären durchaus realisierbar: Der COR hat im Jahr 2007 die zusätzlichen Aufwendungen auf 1 bis 2% des BIP bis 2050 berechnet. Im Vergleich dazu ist die Lohnsumme um 8 Punkte im Verlauf der letzten Jahrzehnte gesunken während die Dividenden von 3,25% des BIP im Jahr 1982 auf 8,5% im Jahr 2007 angestiegen sind. Es ist nur gerecht, den Anteil der Löhne und Renten am produzierten Reichtum anzuheben, indem die Profite beschnitten werden. Die Finanzierung der Renten ist möglich, vorausgesetzt die gegenwärtige schamlose Aufteilung des Reichtums zugunsten der Finanzeinkommen wird beendet.

Das Tabu um diese Aufteilung muss gesprengt werden und nicht das Renteneintrittsalter. Es handelt sich hier um eine politische Entscheidung für Gerechtigkeit und Solidarität.

**Mit der Rentenfrage stellt sich die Frage nach der Gesellschaft, in der wir leben wollen.** Wir können nicht die programmierte Verarmung künftiger Rentnergenerationen akzeptieren; die absurde Ideologie des "Immer mehr Arbeiten" und die Zerstörung der gesellschaftlichen Solidarität. Wir wollen zu einer großen Mobilisierung der Bürger beitragen (öffentliche Versammlungen, lokaleAufrufe...) um diesen Kreislauf zu stoppen.
50975 signatures électroniques enregistrées depuis le 7 avril 2010

http://www.exigences-citoyennes-retraites.net/
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique24
Übersetzung: Bruno Nieser, Sig-Redaktion

***Streiks und Demonstrationen gegen die „Rentenreform“ am 27.Mai:** Ausführlicher Bericht von Bernard Schmid http://www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_3.html*

# Michel Husson
# Altersrenten müssen über Dividenden finanziert werden

*La Terre: Ist unser umlagefinanziertes Rentensystem so stark gefährdet, wie man's sagt?*

*Michel Husson:* In einer gewissen Hinsicht schon, denn es wird andauernd „reformiert“ und nie so, dass es je funktionsfähig werden kann. Es ist auch nicht zu leugnen - selbst wenn gewisse Leute dazu neigen, da etwas zu übertreiben - dass die Zahl der RentnerInnen schneller wachsen wird, als jene der Berufstätigen. Bei einem Umverteilungssystem sollte man dann logischerweise parallel mehr Mittel zur Verfügung stellen. Wenn man keinen größeren Anteil des Nationaleinkommens für die Renten bereitstellt, muss jede/r RentnerIn notwendigerweise weniger erhalten. Dies ist aber der Leitgedanke der „Rentenreformen“ in allen Ländern Europas. Man könnte hingegen den Anteil des erzeugten Reichtums erhöhen, der den Renten zugute kommt. Das Gesamteinkommen müsste anders verteilt werden und dazu wären die Beitragsleistungen zu erhöhen.

*La Terre: Doch ist heutzutage eher die Rede davon, „länger Beitragsleistungen zu zahlen„ und/ oder „später in die Rente zu gehen“?*

*Michel Husson:* Schon, aber wie sieht der Arbeitsmarkt aus? Wie können die Menschen „länger Beitragsleistungen zahlen“, wenn sie ab einem bestimmten Alter keine Arbeit mehr finden? Rund 60% der Leute, die ihren Anspruch auf Rente geltend machen, haben keinen Arbeitsplatz mehr. Müssen sie also länger Beitragsleistungen zahlen - wobei sie bekanntlich nicht arbeiten können -, gehen sie später in die Rente, und diese Rente wird niedriger. Zur demographischen Frage kommt also auch noch die Frage nach der Beschäftigung der älteren Menschen: die Menschen können nicht länger arbeiten, um eine anständige Rente zu erhalten, ob sie es wünschen oder ob man versucht, sie dazu zu zwingen. Menschen dazu aufzufordern, etwas zu machen, wobei sie es nicht können, ist doch einigermaßen zynisch.

*La Terre: Aber man hört immer wieder: „Wir leben länger und können also länger arbeiten...“*

*Michel Husson* : Darüber könnte man theoretisch diskutieren. Aber solange es keine Vollbeschäftigung gibt, und für die Älteren erst recht nicht, ist das unsinnig. Um so mehr, als die Arbeitsbedingungen ungleich sind, ebenso wie die je nach sozialer Schicht unterschiedliche Lebenserwartung und der Schwierigkeitsgrad der Arbeit - darüber wird nun schon jahrelang debattiert, ohne Erfolg ... Schrauben wir erst einmal die Arbeitslosigkeit zurück, denn in Anbetracht des Arbeitsmarktes ist länger arbeiten einfach illusorisch.
Zu all dem kommt noch eine eherne Regel: die Rentenbeitragsleistungen - heute ungefähr 13% des Nationaleinkommens - dürfen jene Schwelle nicht überschreiten. Auf Grund dieser Norm werden künftige Defizite in der Rentenversicherung berechnet. Und das schiebt allem einen Riegel vor.

*La Terre: Nach ihrer Ansicht sollte vorrangig das geändert werden?*

*Michel Husson* : Ja, sonst werden die RentnerInnen ärmer. Dazu unterminiert dieser andauernde „Reformenvorgang“ jede Sicherheit hinsichtlich dessen, was in 20 oder 30 Jahren passieren wird. Die jüngeren Generationen glauben nicht mehr, dass sie eine Altersrente haben werden; darauf setzen die privaten Versicherungen große Hoffnungen. So schafft man die Meinung, dass eine umlagefinanzierte Rentenversicherung unmöglich sei.

*La Terre: Wie könnte nun das Rentensystem finanziert werden?*

*Michel Husson*: Seit 20 oder 30 Jahren hat sich die Verteilung des Mehrwerts allmählich zu Gunsten der Profite verschoben; aber nicht solche, die investiert werden, sondern solche, die in den Taschen der Aktionäre verschwinden. Am Anfang der 80er Jahre lagen die Dividenden bei 4% der Lohnmasse der Unternehmen; nun liegen sie bei 13%. *Da* muss man ansetzen, das ist die Kernfrage. Man muss die Dividenden in die Zange nehmen: entweder wird die Beitragsgrundlage ausgeweitet - auch die Einkommen derer, die heute wenig oder nichts zahlen, werden mitberücksichtigt - oder es wird ein sozialer Beitrag direkt von den Dividenden abgezweigt.

*La Terre: Was meinen Sie mit „ Beitragsgrundlage ausweiten“?*

*Michel Husson*: Einige schlagen vor, den Gesamtmehrwert in Betracht zu ziehen, andre dagegen möchten den Teil ausnehmen, der investiert wird, weil Investition eine „legitime“ Verwendung ist, wenn man so sagen darf. Auch müsste die Frage der Einkünfte unter die Lupe genommen werden, die nicht im Lohn enthalten sind: Stille Teilhabe, Gewinnbeteiligung, Gelder, die von den Unternehmen an Sparfonds, usw. zugewiesen werden. Sie sind Teil der Entlohnung der Lohnabhängigen, von ihnen werden aber viel weniger Beiträge als vom Lohn selbst erhoben. So werden die Unternehmen angeregt, die Löhne einzufrieren bzw. nur indirekte Lohnerhöhungen zu erteilen; diese führen zur Individualisierung und Ungleichheit zwischen den diversen Kategorien von Lohnabhängigen ... und das erzeugt die Vorstellung, dass man seine spätere Rente einzig und allein aus eigener Tasche über einen eigenen Sparplan sicherstellen kann.

*La Terre: Auch wird die Möglichkeit eines Rentensystems „über Punkte“ erwogen; was halten Sie davon?*

*Michel Husson*: Ein “Wundersystem”, das ermöglichen würde, die Renten zu finanzieren, ohne deren Finanzierungsweise zu ändern, gibt es nicht. Bei den Systemen „über Punkte“ kann man den Wert des Punktes - und also damit die Rente - heruntersetzen, wenn man Finanzierungsschwierigkeiten hat. Das erleben wir schon in Frankreich bei den Ergänzungsrenten (AGIRC und ARRCO). Tatsächlich weiß man, wie viel man zahlt, was man aber später erhält, hängt von den Möglichkeiten der Kassen ab. Das ist beinahe unsichtbar und schmerzlos, während jede neue Anpassung heute eine Gesellschafts- und politische Debatte mit sich zieht. Wie denn auch sei: jedem dieser Vorschläge liegt die Vorstellung zu Grunde, dass Rente ein individuelles Sparkonto ist, wofür man selber aufkommen soll. Jene Individualisierung blendet die Tatsache aus, dass es sich dabei um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, um Solidarität, um eine Wahl, die die ganze Gesellschaft mit einbezieht, und nicht vom individuellen Verhalten abhängig ist.

Ein Interview mit Olivier Chartrain

*La Terre ist eine Wochenzeitschrift, die 1937 in der Zeit vom „Front Populaire“ gegründet wurde. Sie richtet sich vorwiegend an Bauern und Landarbeiter.*
http://www.laterre.fr/

http://hussonet.free.fr/terre10.pdf
*Übersetzung: tlaxcala. /SiG-Redaktion*

# *Zum Beispiel ...* - Kurznachrichten -

## Rumänien

Die grössten Proteste seit 1989...
...sahen alleine in Bukarest 60.000 Menschen auf den Straßen, um gegen das international vereinbarte Kürzungsprogramm der Regierung zu protestieren: die Löhne im öffentlichen dienst sollen um 25% gesenkt werden, die Erwerbslosenunterstützung um 15%... Der Bericht "Romania sees biggest protest since 1989 over austerity measures" von Leigh Philips im EU Observer vom 20. Mai 2010 bringt nicht nur mehr Details, sondern auch ein Foto von der Ansprache des Herrn Strauss-Kahn ans Parlament..: http://euobserver.com/9/30111
(Labournet vom 21.5.2010)
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Romania/krise5.html

## Spanien auf dem Weg zum Generalstreik.

Die spanische Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat nun am Donnerstag ihre Sparpläne konkretisiert: 2010 und 2011 sind weitere 15 Milliarden einzusparen. Auch den großen Gewerkschaften, die den Sozialisten (PSOE) nahe stehen, ist nach vielen Warnungen nun definitiv der Kragen geplatzt.
So wird der 8. Juni nun zum Warmlaufen für den Generalstreik benutzt
*Artikel von Ralf Streck in telepolis vom 22.05.2010*
*http://www.heise.de/tp/blogs/8/147672*




## Bosse nutzen Krise aus

(Bericht von Daimler-Kollegen)
Auf der Aktionärsversammlung berichtete Vorstandschef Zetsche stolz, der Konzern habe in der Krise „seine Hausaufgaben" gemacht. Jetzt verkündet Daimler einen Quartalsgewinn von 1,2 Milliarden Euro. Den Gewinn haben die Beschäftigten erwirtschaftet. Und sie sind es doch, die für die Krise bezahlen: durch aufgeschobene Lohnerhöhungen, gekürzte Sozialabgaben, Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Stellenabbau. Und wie sieht die Zukunft aus? Daimler-Finanzchef Bodo Uebber gibt die Antwort: *„Es ist unser Ziel, auch langfristig das Einsparvolumen nachhaltig auf dem Niveau von fünf Milliarden Euro zu halten"* (spiegel online 31.3.2010).
Unser Fazit: die Krise ist nicht vorbei. Es gibt Überkapazitäten von 40 Prozent in der Autoindustrie. Die Bosse werden die Krise aber nutzen, um die Profite zu steigern. Ihr Ziel: mehr Leistung jedes einzelnen Beschäftigten für weniger Lohn. Wir müssen uns deshalb mit den Kollegen in allen Daimler-Standorte, sowie anderen Automobil-Werken bundesweit und international zusammentun, um weitere Sparprogramme abzuwehren. Für den Erhalt aller Arbeitsplätze! Nein zum Lohnverzicht!
*http://www.alternative-berlin.de*

# 3 Sommerakademien

### Österreich:

**SommerATTACademie 2010**
von 14. bis 18. Juli 2010
in Braunau-Ranshofen Oberösterreich ,

**Demokratie neu denken! Politik gestalten & Alternativen leben.**

*In Zeiten der multiplen Krisen (Immobilienkrise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Klimakrise, Energiekrise, Armuts- und Ernährungskrise) ist das erfolgreiche, zukunftsgerichtete Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure und Gruppen (Staat – Zivilgesellschaft – Unternehmen) ein zentrales Gemeinschaftsgut.*
**http://www.attac.at/soak2010.html**

### Deutschland




**http://www.attac.de/aktuell/soak/**

### Schweiz

**3. Bis 5. September 2010**
**in** Delémont

**Die Ökologische Krise – Antworten der globalisierungskritischen Bewegung**

## "20 Tage gegen PPP"

### - bundesweite Aktionstage gegen Geheimverträge vom 11. Juni bis 1.Juli 2010.

*Der Startschuss der Aktionstage fällt in Berlin: am 11. Juni zum Anlass der Bundesratssitzung zu PPP wird eine Aktion vor dem Bundesratsgebäude stattfinden. Abschluss der Aktionstage – 1 Juli - ist gleichzeitig der Start des Volksbegehrens zur Offenlegung der Geheimverträge der Berliner Wasserbetriebe. Für den Wirbel dazwischen sorgen Aktive in den lokalen Attac-Gruppen und anderen BürgerInneninitiativen!*

**http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/macht-mit/**

# Cochabamba

## Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

## Abkommen der Völker, 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivia

Wenn die globale Erwärmung über 2 Grad C ansteigt, wohin uns die so genannte „Kopenhagener Vereinbarung“ führen würde, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% damit zu rechnen, dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden für immer irreversibel sein werden. Zwischen 20% und 30% der Arten wären in Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, die Dürren und Überschwemmungen würden viele Regionen des Planeten schädigen, die Wüsten würden sich ausdehnen, und das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja würde sich beschleunigen. Viele Inselstaaten würden verschwinden, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als 3 Grad C erleben. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Wirkungen für das Überleben der Bewohner weiter Regionen der Erde hätte, und die Zahl der Hungernden in der Welt, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch zunehmen.

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die die „entwickelten“ genannt werden, unter Beihilfe eines Teils der wissenschaftlichen Welt, bieten uns an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht.

Wir stehen der **Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells** gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

**Das kapitalistische System** hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über diese, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben.

Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht was sie sind.

Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Es handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

**Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage**: den Wege des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.

Wir müssen ein neues System herausbilden, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt.

**Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt.**

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des „Vivir Bien“ (Gutes Leben) bestätigt finden, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und **ein neues System herausbilden**, das sich auf die Prinzipien gründet:

* Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
* Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
* Kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
* Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
* Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
* Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
* Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen, aber auf keine Weise können sie den Weg der Entwicklung fortsetzen, auf dem die reichsten Länder einen ökologischen Fußabdruck haben, der fünfmal größer ist, als der Planet tragen kann. In der Gegenwart ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30% überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde brauchte man 2030 zwei Planeten.

In einem **System der wechselseitigen Abhängigkeit**, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems hervorzurufen. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die **Rechte der Mutter Erde** anerkennen und zur Geltung bringen.

Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

* das Recht auf Leben und Existenz;
* das Recht, respektiert zu werden;
* das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen;
* das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als Gesamtheit unterschiedlicher, selbstregulierter und untereinander in Beziehung stehender Wesen;
* das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
* das Recht auf saubere Luft;
* das Recht auf integrale Gesundheit;
* das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein:
* das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;
* das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

Die übereinstimmende Vorstellung ist, die **Konzentration von Treibhausgasen zu stabilisieren**, um den Artikel 2 der Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der *„die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau …, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Kli-*

*masystems verhindert wird*“, bestimmt. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass **die entwickelten Länder** sich zu quantifizierten Zielen der **Reduzierung von Emissionen verpflichten,** die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf **300 ppm** zurückzuführen und so den globalen Temperaturanstieg auf **maximal 1 Grad C** zu begrenzen**.** Wir unterstreichen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen, und mit der Unterstützung der Völker, Bewegungen und Länder sollten die entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristig Ergebnisse zu erreichen; wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde aufrecht entsprechend dem obersten Ziel der Konvention.

Die „gemeinsame Sicht“ für die „langfristige Zusammenarbeit“ darf sich in der Verhandlung über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenze für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren, sondern muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsummustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen, wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

**Die entwickelten Länder**, die Hauptverursacher des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen als Basis für eine gerechte, effektive und wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels anerkennen und einlösen. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie:
* für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen.
* die Kosten und den erforderlichen Technologietransfers an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Einschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen.
* die Verantwortung übernehmen für die Hunderte Millionen von Menschen, die wegen des Klimawandels, den sie verursacht haben, migrieren müssen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten.
* die Kosten der Anpassungen übernehmen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verbunden sind, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen.
* diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensierung sein, sondern hauptsächlich **wiederherstellende Gerechtigkeit**, das heißt die Wiederherstellung der Integrität der Personen und der Wesen, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden.

**Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren**, das einzige legal bindende spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.
Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die **Emissionen der entwickelten Länder** zwischen 1990 und 2007, ungeachtet ihrer legal gültigen Verpflichtung, statt zu sinken, **um 11,2% gestiegen sind**.
Die **Vereinigten Staaten** erhöhten auf Grund des schrankenlosen Konsums ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8% und brachten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO2 jährlich hervor, was mehr als neunmal den durchschnittlichen Emissionen für einen Bewohner der Dritten Welt entspricht und mehr als das 20fache der Emissionen eines Bewohners des subsaharischen Afrika darstellt. **Wir weisen strikt die illegitime „Vereinbarung von Kopenhagen“ zurück**, die es den entwickelten Ländern erlaubt, ungenügende Reduzierungen von Treibhausgas auf der Basis von freiwilligen und individuellen Verpflichtungen zu offerieren, die die Umweltintegrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um 4 Grad C führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird, muss **den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen**, der für die zweite Periode von Verpflichtungen von 2013 bis 2017 vorgesehen ist; in dieser Periode sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50% zum Basisjahr 1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern.
Wir fordern, als erstes ein Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um dann die Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen einer Abwägung der Kräfte unter ihnen vorzunehmen, sodass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen beibehalten wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-1-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, haben eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt, sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu respektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Einwirkungen des Klimawandels, und **wir weisen den Begriff Anpassung an den Klimawandel** zurück, insofern darunter die Resignation angesichts der Wirkungen verstanden wird, die die Emissionen der **entwickelten Länder** über die Geschichte hin verursacht haben; diese sollten vielmehr **ihren Lebens- und Konsumstil dieser planetaren Notlage anpassen**. Wir sehen uns gezwungen, den Wirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber diese Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, diesen Einwirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, innerhalb eines anderen Lebensmodells in Harmonie zu leben.

Es ist erforderlich, einen **Anpassungsfonds aufzubauen**, einen Fonds, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel zu begegnen, als Teil eines Finanzmechanismus, **der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird**. Im Rahmen dieses Fonds soll bewertet werden: die Auswirkungen und ihre Kosten in Entwicklungsländern und die Erfordernisse, die sich aus diesen Auswirkungen ableiten, und die Unterstützung durch entwickelte Länder soll erfasst und ausgewertet werden. Dieser Fonds soll außerdem einen Mechanismus verwalten, der für den Ersatz von Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen, durch Verlust von Chancen und für die Wiederherstellung nach extremen und bei allmählich wirkenden klimatischen Ereignissen dient sowie zusätzliche Kosten bestreitet, die sich ergeben können, wenn unser Planet die ökologischen Schwellen überschreitet, wie auch jene Auswirkungen, die das Recht auf Vivir Bien beeinträchtigen.

Die **„Vereinbarung von Kopenhagen**“, die den Entwicklungsländern durch einige Staaten aufgezwungen wurde, ist - außer dass sie einige unzureichende Ressourcen offeriert - darauf ausgerichtet, **die Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen**, und hat das Ziel, **die Entwicklungsländer zu erpressen**, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minderungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhandlungsprozessen versucht wird, die Entwicklungsländer nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu fassen, so dass

zu fassen, so dass Streitigkeiten, Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen hervorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Menschheit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und den Planeten abzukühlen, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine **tiefgreifende Umgestaltung in der Landwirtschaft** hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerlichen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzunehmen, die zur Lösung des Problems des Klimawandels beitragen und die **Ernährungssouveränität** sichern. Diese wird verstanden als das Recht der Völker, ihre eigenes Saatgut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausreichenden, variierten und nahrhaften Nahrungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion jeder Nation und jedes Volkes zu vertiefen.
Der Klimawandel bringt bereits tiefe Einschnitte für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indigenen und Urvölker und Bauern der ganzen Welt hervor, und die Einwirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.
Das **Agrobusiness** mit seinem sozialen, ökonomischen und kulturellen Modell der globalisierten kapitalistischen Produktion und seiner Logik der Nahrungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen direkt die Klimakrise und verstärken den Hunger in der Welt.
Deshalb lehnen wir die **Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen** und jede Form der Anwendung der **intellektuellen Eigentumsrechte über das Leben** ab, ebenso die aktuellen technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) und **jene Technologien**, die als Scheinlösungen angeboten werden (Agrotreibstoffe, Geoengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich klagen wir an, wie dieses kapitalistische Modell **Megaprojekte der Infrastrukturen** durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das **Wasser privatisiert** und vermarktet und die **Territorien militarisiert**, die indigenen und bäuerlichen Völker vertreibt und dadurch die Nahrungsmittelsouveränität hintertreibt und die soziale und Umweltkrise vertieft.
Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, der Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung und unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, das **Wasser als ein fundamentales Menschenrecht** anzuerkennen.

Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. **Die Monokulturen sind keine Wälder**. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natürlich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.
Die **Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker** muss voll anerkannt, umgesetzt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um die Entwaldung und die Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden.
Wir verurteilen die Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und seine Varianten, der die Souveränität der Völker und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung und die Souveränität der nationalen Staaten sowie die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.
Die Länder, die für Kontaminationen verantwortlich sind, haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zu bezahlen, zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker und ihrer überlieferten Organisationsstrukturen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffhandels und keineswegs als Kompensationen von Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen und fälschlich und unter deren Bedingungen Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch das forstwirtschaftliches Saatgut, Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt, und dringend ist, dass die Förderung von Erdöl und Erdgas in den Urwäldern eingestellt wird.
Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtsstandards und der Rechte der indigenen Völker anerkennen, achten und garantieren, besonders der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und der **Konvention 169 der ILO**, um nur zwei entsprechende Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der Herausforderungen zu nennen, die durch den Klimawandel auftreten. Im besonderen fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen möglich zu machen und zu stärken und wirksam zur Antwort auf den Klimawandel beizutragen.
Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen, die auf den Klimawandel Bezug haben.

In der Gegenwart erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße, und eine der Hauptkonsequenzen ist die **Binnen- und internationale Migration**. Nach einigen Schätzungen existierten 1995 etwa 25 Millionen Klima-Migranten, gegenwärtig schätzt man sie auf 50 Millionen, und die Voraussicht für das Jahr 2050 sind 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch Situationen, die vom Klimawandel verursacht sind, aus ihrer Heimat vertrieben sein werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klima-Migranten übernehmen, sie in ihren Ländern aufnehmen und ihnen die Grundrechte gewähren nach internationalen Verträgen, die die Definition des Klima-Migranten einschließen, damit alle Staaten diese Bestimmungen befolgen.
Es ist ein **Internationaler Gerichtshof des Gewissens** zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei eindeutig die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure zu benennen ist.

Die Finanzmittel, die gegenwärtig den Entwicklungsländern für den Klimawandel zugewiesen werden, und der Vorschlag in der Vereinbarung von Kopenhagen sind viel zu gering. **Die entwickelten Länder müssen eine neue jährliche Finanzierung von mindestens 6% ihres BIP zusagen**, zusätzlich zur Offiziellen Entwicklungshilfe und aus öffentlichen Quellen, um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten. Das ist realisierbar, wenn man

berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für ihre Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ernsthaft ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen in Frage stellt.
Diese Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen.
In Anbetracht der Unwirksamkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Autorität der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel arbeitet und dieser gegenüber Rechenschaft ablegt, und zwar mit einer signifikanten Vertretung der Entwicklungsländer, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren.

Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990-2007 erhöht haben - und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde durch Marktmechanismen wesentlich unterstützt. Der **Kohlenstoffhandel** hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und verwüstet. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern, deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz selbst und unserer Mutter Erde zu überlassen. Wir betrachten es als unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder gelöst noch sich in reale und direkte Aktionen zur Reduzierung der Treibhausgase umgesetzt haben.

Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der **Entwicklung und Übertragung von Technologie** zu fordern sowie den „technologischen Schaukasten" abzulehnen, der von den entwickelten Ländern vorgeschlagen wird und nur der Kommerzialisierung der Technologie dient. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologieaustausches festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfassung geeigneter Technologien, die von intellektuellen Eigentumsrechten befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten. Das Wissen ist universal und darf unter keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebensowenig seine Anwendungen in Form von Technologien. Es ist Pflicht der entwickelten Länder, ihre Technologien den Entwicklungsländen zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologien und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das Vivir Bien zu schützen und zu fördern.

Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wieder aufgreifen, ebenso das überlieferte Wissen und die Praktiken, die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das Vivir Bien zusammen mit der Mutter Erde. Angesichts des fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, in wirksamer Weise ihre Zusagen und Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, und angesichts der Nichtexistenz einer legalen internationalen Instanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines **Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes**, der die bindende juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verurteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.
Es gilt die Staaten zu unterstützen, die Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die entwickelten Länder einbringen, die ihre Verpflichtungen gemäß der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto nicht erfüllen, einschließlich ihrer Pflichten zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine **tiefgehende Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO**) vorzuschlagen und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes erfüllen.
Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz der Teilnehmerstaaten in Kopenhagen versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die **Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel** notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über:
- das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen;
- die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen;
- die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes;
- die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde;
- und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.

Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselben sichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses „Abkommens der Völker" umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine **Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen**, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützen soll und sich als ein weiter und demokratischer Raum der Koordinierung und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert.
Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten **Weltaktionsplan** an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden legalen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50% reduzieren sowie die verschiedenen Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen, als Teil dieses Prozesses des Aufbaus der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.

http://cmpcc.org/
*Übersetzung der bolivianischen Botschaft*

**Ergebnisse der Arbeitsgruppen als Beilage zu der Nummer 83 von „Sand im Getriebe":**
**http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/**

## Naomi Klein zu Cochabamba

# Aufstand gegen die Erfahrung der Hilflosigkeit

### Der Kampf Boliviens ums Überleben kann auch zur Rettung der Demokratie beitragen

Das Gipfeltreffen der Völker zur Bekämpfung des Klimawandels ist eine radikale, transformierende Reaktion auf das Versagen des Klubs von Kopenhagen

Der Klimagipfel Boliviens hat Augenblicke des Glücks, des Unernstes, und der Absurdität erlebt. Aber unter allem kann man das Gefühl spüren, das diese Versammlung verursacht hat: **Wut über die Hilflosigkeit**. Das nimmt kaum Wunder. Bolivien befindet sich inmitten einer dramatischen politischen Verwandlung, welche Schlüsselindustrien verstaatlicht hat, und die Stimmen der eingeborenen Völker des Landes wie nie zuvor laut werden ließ. Aber wenn es um die dringendste, existentielle Krise Boliviens geht – die Tatsache, dass seine Gletscher mit einem alarmierendem Tempo schmelzen, was die Wasserversorgung von zwei Großstädten bedroht – sind die BolivianerInnen machtlos, alleine etwas zu tun, um ihr Schicksal zu ändern.
Das liegt daran, dass die Handlungen, welche das Schmelzen verursachen, nicht in Bolivien stattfinden, sondern auf den Fernstraßen und in den Gewerbegebieten der Industrieländer. In Kopenhagen haben Führer von bedrohten Ländern wie Bolivien und Tuvalu leidenschaftlich für starke Kürzungen der Emissionen plädiert, welche eine Katastrophe abwenden könnten. Man hat ihnen höflich gesagt, dass der politische Wille dazu im Norden einfach nicht vorhanden sei.

Mehr noch: die Vereinigten Staaten haben deutlich gemacht, dass sie keinen Bedarf an kleinen Ländern wie Bolivien als Teil einer Klimalösung hätten. Sie würden hinter geschlossenen Türen mit anderen Großemittenten etwas ausklüngeln, und dem Rest der Welt würde man die Ergebnisse mitteilen, und ihn einladen, sich anzuschließen; genau das, was mit der Übereinkunft von Kopenhagen passiert ist.
Als Bolivien und Ecuador sich geweigert haben, die Übereinkunft einfach abzusegnen, hat die US-Regierung die Klimahilfe an sie um $ 3 Millionen beziehungsweise $2,5 Millionen gekürzt. *„Bei diesem Verfahren gibt es keine Freifahrscheine“*, erklärte Jonathan Pershing, Klimaunterhändler der USA. (Wer sich fragt, warum Aktivisten aus dem Süden den Gedanken der „Klimahilfe“ ablehnen, und stattdessen die Rückzahlung von „Klimaschulden“ verlangen, findet hier die Antwort.)
Die Botschaft Pershings war frostig: wer arm ist, hat nicht das Recht, sein eigenes Überleben zur Priorität zu machen. Als Morales *„soziale Bewegungen und die Verteidiger der Mutter Erde (…), Naturwissenschaftler, Akademiker, Rechtsanwälte und Regierungen“* nach Cochabamba zu einem Klimagipfel neuer Art einlud, war das ein Aufstand gegen diese Erfahrung der Hilflosigkeit, ein Versuch, eine Machtbasis für das Recht auf Überleben aufzubauen.

Die bolivianische Regierung hat den Anfang gemacht, indem sie vier große Gedanken vorgeschlagen hat:
- Der Natur sollte Rechte gewährt werden, die Ökosysteme vor der Vernichtung schützen (eine „Allgemeine Erklärung der **Mutter-Erde-Rechte**“).
- Diejenigen, welche gegen diese Rechte und andere internationale Umweltvereinbarungen verstoßen, müssten sich gerichtlich verantworten (ein „**Klimagerichtshof**“).
- Arme Länder sollten verschiedene Arten des Schadenersatzes für eine Krise erhalten, vor der sie stehen, aber zu deren Entstehung sie wenig beigetragen haben („**Klimaschulden**“).
- Es sollte eine Einrichtung geben, damit Menschen auf der ganzen Welt ihre Ansichten zu diesen Themen Ausdruck verleihen können („**Weltvolksabstimmung** über den Klimawandel“).

Der nächste Schritt war, die weltweite Zivilgesellschaft einzuladen, die Einzelheiten auszuarbeiten. Siebzehn Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, und nach wochenlangen Diskussionen übers Internet trafen sie sich eine Woche lang in Cochabamba, mit dem Ziel, am Ende des Gipfeltreffens ihre endgültigen Empfehlungen vorzustellen.
Das Verfahren ist faszinierend, aber bei weitem nicht vollkommen (zum Beispiel, wie Jim Shultz des Democracy Center bemerkt hat, verbrachte die Arbeitsgruppe zur Volksabstimmung anscheinend mehr Zeit damit, über die Hinzunahme einer Frage zur Abschaffung des Kapitalismus zu streiten, als darüber zu diskutieren, wie man denn überhaupt eine weltweite Volksabstimmung durchführen kann).
Doch kann das begeisterte Engagement Boliviens für **echte Demokratie mit Bürgerbeteiligung** sich sehr wohl als der wichtigste Beitrag des Gipfeltreffens herausstellen.
Der Grund dafür ist, dass nach dem Debakel von Kopenhagen, ein äußerst gefährliches Gesprächsthema sich überall verbreitet hat: der wahre Schuldige an dem Fehlschlag sei die Demokratie selber. Das UNO-Verfahren, das 192 Ländern gleiches Stimmrecht gibt, sei einfach zu unhandlich – es sei besser, die Lösungen in kleinen Gruppen zu finden. Selbst Stimmen aus der Umweltbewegung, die weithin Vertrauen genießen, wie James Lovelock, sind dem zum Opfer gefallen: *„Mir scheint es, dass der Klimawandel vielleicht eine so gravierende Sache wie ein Krieg ist,“* sagte er neulich dem Guardian. *„Es wird vielleicht notwendig sein, eine Zeit lang die Demokratie auf Eis zu legen.“* Aber in Wirklichkeit sind es solche kleine Gruppierungen – wie der Klub (mit Einlass nur auf Einladung), der die Übereinkunft von Kopenhagen durchgedrückt hat –, die uns haben zurückfallen lassen, indem die schon unausreichende bestehenden Vereinbarungen geschwächt wurden. Die Klimawandelpolitik, die von Bolivien in Kopenhagen eingebracht wurde, ist im Gegensatz dazu von sozialen Bewegungen mittels eines Verfahrens mit Bürgerbeteiligung entworfen worden, und das Endergebnis war die bisher radikalste Vision mit dem größten Verwandlungspotential.

Mit dem Gipfel von Cochabamba versucht Bolivien das, was es auf nationaler Ebene erreicht hat, zu globalisieren, und lädt die Welt ein, am Entwerfen einer gemeinsamen Tagesordnung für die Klimapolitik vor dem nächsten UNO-Treffen zum Klima in Cancún teilzunehmen. In den Worten des bolivianischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Pablo Solón: *„Das Einzige, was die Menschheit vor einer Tragödie bewahren kann, ist die Ausübung weltweiter Demokratie.“*
Wenn er recht hat, könnte der bolivianische Vorgang nicht nur unseren wärmer werdenden Planeten retten, sondern auch noch unsere versagenden Demokratien. Das wäre wirklich kein schlechtes Ergebnis.

guardian.co.uk, Donnerstag, 22. April 2010
http://pwccc.wordpress.com/2010/04/22/bolivias-fight-for-survival-can-help-save-democracy-too/
*Übersetzung: coorditrad, Timothy Slater*

***Weitere Dokumente und Analysen über die Weltkonferenz in Cochabamba***

http://pwccc.wordpress.com/category/working-groups/
http://www.jubileesouth.org/index.php?option=com_content&task=view&id=270
http://www.forumdesalternatives.org, http://www.cadtm.org/climate-crisis?lang=en
http://www.tni.org/category/issues/environmental-justice/climate-justice

Nicola Bullard, TNI

# Was versteht man unter „Klimaschuld“

*Es mag keine abschließende Definition der Klimaschuld geben, jedoch ist es für Bewegungen der sozialen Gerechtigkeit nützlich eine gemeinsame Vorstellung davon zu haben, was wir damit meinen.*

Ohne vielleicht in vollem Umfange die Bedeutung oder die Konsequenzen zu begreifen, drehten sich progressive Bewegungen stets um den Slogan der „Klimaschuld“ als Pfad in die komplexe Welt der Klimaverhandlungen.

Es ist leicht zu verstehen, warum das so ist: Schuld ist ein einfaches Konzept und in einer gerechten Welt sollten Schulden beglichen werden. Mehr noch aber trifft die Idee einer Klimaschuld den Kern der Politik zum Klimawandel. Sie bringt die zentrale Frage der historischen Verantwortlichkeit auf und problematisiert, wer wem etwas für was schuldet. Und bei der Neudefinierung von „Schuld“ als eher systemisches Thema denn als finanzielles Problem stellt sie die traditionellen Beziehungen zwischen Arm und Reich auf den Kopf. Üblicherweise sind es die Reichen, die die Gläubiger sind und Bezahlung von den Armen fordern, jedoch kehrt die Klimaschuld dies um: es sind jetzt die Armen und die an den Rand Gedrängten, der Globale Süden, die ihre Forderungen geltend machen, nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern für die Zukunft der Menschheit und von Mutter Erde.

Auf diese Weise ist Klimaschuld eine machtvolle Idee, die Themen, Gemeinschaften und Strategien verbindet, mit dem zusätzlichen Reiz der Verwendung einfacher Worte als trojanisches Pferd für komplexe und potentiell subversive Ideen. Aber ohne eine klare Vorstellung davon, was „wir“ mit Klimaschuld meinen, gibt es immer die Gefahr, dass die Prinzipien und zugrunde liegenden Ideen vereinnahmt und verwässert werden. Vielleicht gibt es keine abschließende Definition von Klimaschuld, aber als Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und als Aktivisten ist es nützlich eine gemeinsame Vision dessen zu haben, was wir meinen und was wir verlangen.

**Was ist Klimaschuld?**

Das Konzept der ökologischen Schuld gibt es bereits seit einigen Jahren. Ecuadors Accion Ecologica spricht über ökologische Schuld als *„die von den nördlichen Industriestaaten gegenüber den Ländern und Völkern des Südens angehäufte Schuld, entstanden durch Ausplünderung von Ressourcen, Umweltschädigung und die kostenfreie Belastung der Umwelt durch Abfallentsorgung, etwa mit Treibhausgasen.“*

Buchhaltungsgemäß ausgedrückt ist Klimaschuld lediglich ein Posten im weitaus größeren Bilanzbogen der **ökologischen Schuld**, kann aber in verständliche und messbare Teile zerlegt werden.

**1.**

Ein Teil der Klimaschuld steht im Bezug zu den **Auswirkungen des exzessiven Ausstoßes von Treibhausgasen**, die die globale Erwärmung verursachen: extreme und häufige Klimaereignisse, Fluten, Dürren, Überschwemmungen, Stürme, Verlust von Ackerland und Artenvielfalt, Seuchen, Landlosigkeit, Abwanderung, Armut und vieles mehr. Im Sprachgebrauch der UN werden diese sehr realen Auswirkungen auf Menschen verharmlost und unter Kosten der „Anpassung“ zusammengefasst.

2.

Ein zweites Element der Klimaschuld sind die Kosten für die **Reorganisation von Gesellschaften und Volkswirtschaften** in eine Richtung, die den Ausstoß von Treibhausgasen radikal reduziert: dies heißt dann Schadensminderung und berührt nahezu jeden Aspekt menschlicher Tätigkeit von Landwirtschaft, Energie und Transport bis zu der Frage wie Städte organisiert sind, wie Verbrauchsmuster und globaler Handel aussehen. Für die bolivianische Regierung ist dies gleichwertig mit einer *„Entwicklungsschuld“*, die dadurch ausgeglichen wird, dass für alle Menschen der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen sichergestellt wird und dass alle Länder ausreichend industrialisiert sind, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.

3.

Ein dritter Teil der Schuld ist weitaus schwerer zu berechnen; manche nennen es die **Emissionsschuld**. Er bezieht sich auf die Tatsache, dass reiche Länder den größten Teil der Fähigkeit der Atmosphäre zur Aufnahme von Treibhausgasen verbraucht haben, und damit keinen *„atmosphärischen Raum“* für den Süden lassen um zu *„wachsen“*. Ausgehend davon, dass es eine sehr hohe Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Ausstoß von Treibhausgasen im gegenwärtigen technischen Kontext gibt, bedeutet dies, dass Entwicklungsländern faktisch gesagt wird, dass sie ihr wirtschaftliches Wachstum begrenzen müssen. Der einzige Weg für die reichen Länder diese Schuld auszugleichen ist, dass sie ihren eigenen Ausstoß drastisch vermindern.

Die bolivianische Regierung schließt zwei weitere Punkte in die Berechnung der Klimaschuld mit ein.
Zusätzlich zur Anpassungs-, Schadensminderung- und Emissionsschuld, benennt sie eine **„Wanderungsschuld“**, die durch die Abschaffung von restriktiven Migrationsregelungen und die würdevolle Behandlung aller Menschen ausgeglichen werden kann, und schließlich die **Schuld an Mutter Erde**. Der bolivianischen Regierung zufolge ist es *„unmöglich, diese Schuld vollständig auszugleichen, weil die durch die Menschheit verübten Gräueltaten zu schrecklich waren. Jedoch besteht der Mindestausgleich dieser Schuld darin, dass der angerichtete Schaden anerkannt wird , verbunden mit der Annahme einer Deklaration der Vereinten Nationen zu den Rechten von Mutter Erde, um sicher zu stellen, dass die gleichen Verbrechen in der Zukunft niemals wiederholt werden.“*

Wenn man all diese Bestandteile zusammen betrachtet, so ist die Schuld der Reichen gegenüber den Armen unermesslich.

**Wer ist für die Klimaschuld verantwortlich?**

Diese Frage steht bei den Verhandlungen über die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) im Mittelpunkt, da - verborgen hinter der technischen Sprache - sich alles um Geld und wirtschaftliche Interessen dreht. Aus diesem Grunde haben die USA das „Kopenhagen-Abkommen“ während COP15 aus dem Hut gezaubert: um neu zu definieren, wer verantwortlich ist, und um damit die Bezahlung für ihre Verpflichtungen zu vermeiden.

Der gegenwärtige Stand der Dinge ist, dass **die reichen Länder** (und besonders diejenigen, die den höchsten historischen Gesamtausstoß haben) einfach **nicht gewillt sind, ihre Schuld zu begleichen**.

Nachdem sie durch die Zerstörung der Natur und den Abbau von Rohstoffen Wohlstand und Sicherheit auf Kosten der Armen angehäuft haben, weigern sich nun die reichen europäischen Länder, die USA, Japan, Australien und Kanada, die Rechnung zu bezahlen, sowohl hinsichtlich der aktuellen Kosten für Schadensausgleich und Anpassung, als auch in Bezug auf Änderung ihres eigenen **übermäßigen Konsums**. Sie weigern sich nicht nur ihre eigenen Emissionen zu vermindern, womit sie die Last der Verminderung anderen aufbürden, sie versuchen außerdem die Schuld auf Entwicklungsländer wie China, Brasilien und Indien zu schieben, deren gegenwärtige Emissionen rapide wachsen.

**Kann die Schuld beglichen werden?**

Obwohl bestimmte Aspekte der Schuld aufgezählt und berechnet werden können, beispielsweise die Kosten einer sauberen Technologie, für die Wiederherstellung verwüsteter Wälder, den Wandel hin zu nachhaltiger Landwirtschaft oder den Bau von klimatisch angepasster Infrastruktur, kann die tatsächliche Schuld nicht berechnet werden. Es ist viel mehr als eine Zahl oder Geld; **Klimaschuld symbolisiert über 500 Jahre ungleicher Beziehungen zwischen Norden und Süden, zwischen Reich und Arm, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten.**

**Klimaschuld ist auch ein Maß für die vollständige Absurdität des Kapitalismus -** gleich ob freier Markt oder staatlich gelenkt - als Modell für die Steuerung der menschlichen Gesellschaft und den Umgang mit den Ökosystemen unserer Erde. Letztendlich besteht der einzige Weg zur Begleichung der Schuld darin, sicher zu stellen, dass die historischen Beziehungen der Ungleichheit für immer durchgebrochen werden und dass keine „neue" Schuld angehäuft werden kann. Dies erfordert Systemwandel, sowohl im Norden als auch im Süden. **Aus diesem Grunde ist Klimaschuld eine derartig subversive Idee.**

http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=8265
*Übersetzung Paul Wood, Korrektur Günter Kramer, coorditrad*

## Klimagerechtigkeit konkret! - Proteste zu den Klimaverhandlungen in Bonn

Kopenhagen ist gescheitert. Aber gleichzeitig wurde dort eine viel stärkere und deutlich politischere Klimagerechtigkeits-Bewegung sichbar. Gruppen, NGOs und Netzwerke wie Climate Justice Now! (CJN), Aktive aus dem globalen Süden und dem Norden kamen zusammen, um von einander zu lernen und sich einzusetzen.
Diese Bewegung für Klimagerechtigkeit wollen wir jetzt in Bonn weitertragen - bei Seminaren des Klimaforums Bonn, in der Attac-Aktionsakademie, im Klimacamp und bei phantasievollen Aktionen auf der Straße!
In Bonn finden nämlich vom **31.05.-11.06.10 Zwischenverhandlungen der UNFCCC** statt zur Vorbereitung des nächsten "Klimagipfels" Ende des Jahres in Mexico. So soll Bonn nun ein Zeichen werden, dass es uns - jetzt erst recht! - wichtig ist, Klimagerechtigkeit zum Thema zu machen und an einem breiten Bündnis auch bei uns zu arbeiten.
Dabei geht es nicht um "Gipfelhopping", sondern um das Nutzen der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die globale Perspektive der Klimagerechtigkeit soll dann, z.B. im Klimaforum, in Ansätze für konkretes lokales Handeln übersetzt werden.

**Es wird sehr lebendig Anfang Juni in Bonn:**

- **03./04.06., Klimaforum Bonn:** Die Attac EKU-AG und die große Umweltschutzorganisation BUND laden ein in Kooperation mit dem Bündnis Klimawelle Bonn zu einer Strategie - und Aktionskonferenz. • Mehr unter **www.attac.de/klimaforum, http://www.bund.net/klimaforum**




- **02.-06.06., Attac Aktionsakademie:** Besondere Bedeutung bekommt Bonn für Attac noch dadurch, dass die Aktionsakademie 2010 zeitgleich dort stattfinden wird, um die Proteste zu unterstützen. http://www.attac.de/aktuell/aktionsakademie/startseite/
- **31.05.-06.06., Klimacamp:** Das Bündnis Klimawelle Bonn mit Beteiligung von Attacies aus der Region Bonn bereitet ein Klimacamp vor mit Workshops, Aktionen und Kultur: **www.klimawelle.de**
- **05.06., Demo und Aktionen:** Alle Aktiven werden gemeinsam phantasievoll auf die Straße gehen, unserem Protest und unseren Forderungen Ausdruck verleihen und Gehör verschaffen. Mehr: **www.klimawelle.de**

**Noch ein Grund, aktiv zu werden**: *„Die Bundesregierung will bereits vor der Sommerpause eine Grundsatzentscheidung über AKW-Laufzeitverlängerungen treffen. Einziges Ziel: die Debatte und der Streit in der Union müssen vom Tisch. Der Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung spielen keine Rolle. Diese Haltung trägt die Bundesregierung auch in die EU: Wirtschaftsminister Brüderle verweigerte sich dort diese Woche der dringend notwendigen Erhöhung des europäischen Klimaziels von 20 auf 30% CO2-Reduktion bis 2020." (Brief vom B.U.N.D.)*

## Aktionsschwerpunkt Gorleben: Proteste im Wendland vom 3.6. bis zum 6.6.

*Nicht nur der Streit um die Zukunft der Atomkraftwerke ist in den letzten Monaten neu entbrannt, sondern auch die Auseinandersetzung um den Umgang mit den strahlenden Abfällen aus den Reaktoren. Obwohl erwiesen ist, dass der Salzstock Gorleben nicht geeignet ist, um dort über Jahrtausende hochradioaktiven Atommüll sicher zu lagern, will die Bundesregierung das dort geplante Endlager weiterbauen. Zusätzlich ist für November ein neuer Castor-Transport in die oberirdische Zwischenlager-Halle in Gorleben geplant. Der Protest formiert sich und braucht Unterstützung.*

Mehr dazu: http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/castor-2010

Noam Chomsky

# Atomwaffenfreie Zonen schaffen!

***Amy Goodman: Interview vom 17.05.2010 — Democracy Now!***

*(…)Ich möchte Ihnen noch eine Frage zum Iran stellen - zu dem jüngsten Deal, der angekündigt wurde (Mit dem Iran, die Red.). Was halten Sie davon?*

Falls die Berichterstattung stimmt, gibt es eigentlich keinen Grund... weshalb die USA Einwände erheben sollten. Im Grunde geht es ja um die Einwände der USA. Mehrere Dinge sind signifikant. Zunächst einmal die Konstellation Iran, Türkei, Brasilien. Die Türkei repräsentiert die Mächte in der Region. Ebenso wie die Arabische Liga hat die Türkei klargestellt, dass sie gegen Sanktionen (gegen den Iran) ist. Sie will Verhandlungen und eine diplomatische Lösung. Brasilien genießt unter den blockfreien Staaten wohl den größten Respekt und spielt eine sehr bedeutsame Rolle. Die Tatsache, dass diese beiden Länder vorpreschen... zufällig sitzen sie auch noch im UN-Sicherheitsrat.... dass ausgerechnet diese beiden Staaten offen für eine friedliche, diplomatische Lösung eintreten und sich dem Ruf nach weitergehenden Maßnahmen, oder der Androhung solcher, widersetzen, ist signifikant.
Signifikant ist zudem die Tatsache, dass diese Sache im Grunde eine Nebenbaustelle ist. Ich denke, es gibt eine Möglichkeit, das Thema 'Bedrohung durch irgendwelche Atomwaffen im Nahen/Mittleren Osten' anzupacken, und das ist der Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in der Region. 1995 hatten die USA zugestimmt - nachdem Ägypten darauf beharrt hatte. Es war auf einer Review-Konferenz (des Atomwaffensperrvertrages), auf einer regulären Review-Konferenz. Da erklärten Ägypten und mehrere andere blockfreie Staaten, sie würden aus dem Atomwaffensperrvertrag aussteigen, falls der Westen - gemeint waren die USA -, nicht damit einverstanden sei, das Ziel einer atomwaffenfreien Zone in der Region (Naher/Mittlerer Osten) voranzutreiben. Jede eventuelle Gefahr durch Atomwaffen sollte eliminiert oder zumindest reduziert werden. Die USA stimmten formal zu. Im Grunde ist dieses Ziel den USA heute wichtiger als damals, denn, als die USA und Großbritannien in den Irak einmarschierten, präsentierten sie ja eine dünne rechtliche Rechtfertigung, mit der sie sich absichern wollten - erinnern Sie sich? 1991 hatte der Irak gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verstoßen, die von ihm verlangt hatte, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einzustellen. Nun, wir wissen, was aus diesem Vorwand geworden ist.
Wichtig ist, dass ausgerechnet diese Resolution noch eine Bestimmung, einen Artikel, enthielt, der die Unterzeichner zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen/Mittleren Osten verpflichtet. Die USA und Großbritannien sind somit eine Sonderverpflichtung eingegangen - neben der allgemeinen Verpflichtung gegenüber dem Gremium, das den Atomwaffensperrvertrag überwacht.
Die Gruppe der blockfreien Staaten zählt mittlerweile 118 Mitgliedsländer. Ägypten hat den Vorsitz inne. Auf Treffen bzw. Vorbereitungstreffen und bei Review-Veranstaltungen hat Ägypten in den letzten Wochen starken Druck ausgeübt. Die USA haben formal zugestimmt. Gleichzeitig weichen sie jedoch einem Abkommen aus, indem sie klar sagen, dass Israel von einer solchen Resolution nicht betroffen sein würde. Sie akzeptieren die israelische Haltung, explizit, (indem sie sagen), wie es Hillary Clinton formuliert hat, das wäre vielleicht eine gute Idee, aber es ist der falsche Zeitpunkt, denn zuerst muss ein umfassendes Friedensabkommen im Nahen Osten her. Nun, wie Sie wissen, ist ein umfassendes Friedensabkommen im Nahen Osten in weite Ferne gerückt - solange Israel und die USA den wirklich sehr breiten internationalen Konsens für eine Zwei-Staaten-Lösung nicht akzeptieren wollen. Im Grunde heißt das doch: "Nun, wir werden es nicht weiterverfolgen". Und wenn sie es nicht weiterverfolgen, gibt es eben keine atomwaffenfreie Zone.

Das sind die weit zentraleren Themen. Es sollte auch betont werden, dass sowohl der UN-Sicherheitsrat, als auch die IAEA Israel - im vergangenen Herbst - explizit aufforderten, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und seine Anlagen für Inspektionen zu öffnen. Umgehend hatte die Obama-Administration Israel davon in Kenntnis gesetzt, dass es der Bitte der Internationalen Behörde keine Beachtung zu schenken brauche. Mit Indien ist es das Gleiche. Die Resolution des UN-Sicherheitsrates hätte auch Indien betroffen. Doch die Obama-Administration informierte die Inder, sie könnten die Sache ruhig ignorieren. Indien produziert Atomwaffen und zwar mit indirekter Hilfe der USA (gemäß eines Vertrages zwischen Indien, den USA und Großbritannien).

*Noam, ich möchte Ihnen noch eine Frage zur Internationalen Atomenergieaufsichtsbehörde (IAEA) stellen. Zum allerersten Mal hat diese Behörde zaghaft angedeutet, man plane, Israels Atomwaffenprogramm in die Diskussion einzubeziehen. Israel ist das einzige Land im Nahen/Mittleren Osten, das im Besitz von Atomwaffen ist. Israel hat sich nie offiziell zu diesen Waffen bekannt. Sagen Sie uns, welche Bedeutung hat das?*

Die Sache ist wirklich ziemlich wichtig. Es muss so im September oder Oktober des vergangenen Jahres gewesen sein, als die IAEA eine Resolution verabschiedete, in der sie Israel auffordert, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten; seine Anlagen, seine Atomanlagen, für internationalen Inspektionen zu öffnen. Die USA und Europa haben versucht, diese Resolution zu verhindern, aber sie kam trotzdem zustande. Umgehend informierte die Obama-Administration Israel, es könne leugnen.
Soweit ich informiert bin, hat die Presse in den USA nicht darüber berichtet - mit einer Ausnahme: der *Washington Times*. Sie ist Washingtons zweitwichtigste Zeitung - was von gewisser Bedeutung ist.

Wer sich für Nonproliferation (von Atomwaffen) interessiert, sollte wissen: Es ist sehr wichtig, Staaten zu zwingen, zu verpflichten, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Im Moment gibt es drei Staaten, die nicht unterzeichnet haben: Indien, Israel und Pakistan. Alle Drei entwickeln mit Hilfe der USA Atomwaffen - und die USA bewahren sie vor Inspektionen.

Doch es geht noch weiter. In einigen Gegenden der Welt gibt es bereits atomwaffenfreie Zonen - allerdings können sie nicht vollständig realisiert werden, weil die USA dies nicht zulassen. Die Afrikanische Union ist in diesem Zusammenhang am relevantesten. Die Afrikanische Union hatte eine atomwaffenfreie Zone gefordert und schließlich auch beschlossen. Allerdings gehört eine kleine Insel - Diego Garcia - zu diesem Gebiet, die von Amerika "genutzt" wird. In erster Linie wird diese Insel als Bombengelände genutzt. Die Insel ist eines der wichtigsten Bombenzentren für den Bereich Naher/Mittlerer Osten und Zentralasien. Außerdem nutzen die USA die Insel, um dort Atomwaffen zu lagern sowie als Anlegestelle für Atomunterseeboote. Für Dinge dieser Art nutzen sie die Insel im Grunde. Die Obama-Administration hat Diego Garcia noch mehr aufgebürdet: neue Support-Systeme für Atomunterseeboote. Und jetzt bringen die USA auch noch ihre neuen so genannten "Bunkerknacker" (bunker busters) auf das Eiland. Das sind riesige Bomben, die äußerst tief eindringen sollen. Natürlich gilt das dem Iran. Gerade sind die Dinger nach Diego Garcia verschickt worden. Das alles sind Bedrohungen für den Iran, die gegen Sicherheitsratsresolutionen verstoßen.
http://www.zmag.de/front-page/artikel/einreise-verweigert-israel-hindert-noam-chomsky-an-der-einreise-in-die-westbank

**pax christi, KoPI (Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel),
Palästinensische Gemeinde Deutschland, IPPNW
Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft**

# "Free Gaza"

## - die Blockade von Gaza mit Schiffen durchbrechen

### Aktion gegen Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung von Gaza

Pressemitteilung, Berlin, 20. Mai 2010

Die Menschen im Gazastreifen mit Hilfsgütern zu versorgen und die Öffentlichkeit auf die völkerrechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens aufmerksam zu machen, ist Ziel der Freedom-Flottille. Sie besteht aus insgesamt drei Frachtschiffen mit etwa 5.000 Tonnen Ladung und fünf Passagierschiffen. Ca. 600 Menschen aus 20 Ländern hoffen, Gaza per Schiff zu erreichen. Aus Deutschland beteiligen sich fünf Personen als Passagiere: vom Aktionsbündnis Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW, Norman Paech, emeritierter Hochschullehrer und IPPNW-Beiratsmitglied sowie der in Deutschland lebende Palästinenser Nader el Saqa von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland e.V. und zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Inge Höger, MdB (Mitglied des Verteidigungsausschusses) und Annette Groth, MdB (Mitglied des Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe). Die deutschen Aktivisten werden am 22. Mai von Griechenland aus in See stechen und um den 1. Juni zurück in Griechenland erwartet.

Das Frachtgut besteht aus Baumaterial und ganzen Fertighäusern, aber auch aus Rollstühlen, Krankenhausbetten, Wasseraufbereitungsgeräten, sowie aus Schulmaterialien und Spielzeug. Aus Deutschland stammen 5 Tonnen der Fracht, Medikamente, Verbandstoffe und Medizinische Geräte, gespendet von der Deutsch Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft.

*"Im Mai vergangenen Jahres hat Papst Benedikt XVI bei seinem Besuch in Israel und in den palästinensischen Gebieten die Aufhebung der Blockade von Gaza gefordert. Die internationale Gemeinschaft, die EU und die deutsche Bundesregierung sind aufgerufen sich in ähnlicher Weise für das Ende der kollektiven Bestrafung der Menschen im Gazastreifen einzusetzen. Ohne freien Zugang zu Grundversorgung mit Lebensmitteln leben die Menschen dort in tiefster Armut*", betont die Generalsekretärin von pax christi, Christine Hoffmann. *„Die internationale Staatengemeinschaft geht nicht gegen die völkerrechtswidrige israelische Blockade vor. Umso intensiver muss die internationale Zivilgesellschaft sich dafür einsetzen,*" sagt Gisela Siebourg vom Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel. *"Wir wollen mit unserer Aktion auf die Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung von Gaza aufmerksam machen. Durch die Blockade fehlen Medikamente und Ersatzteile für medizinische Geräte. Patienten, die in Gaza nicht versorgt werden können, haben keinen Zugang zu adäquater medizinischer Behandlung außerhalb der belagerten Region. Unseren israelischen Kollegen, den `Ärzten für Menschenrechte´, sind bereits Fälle bekannt, in denen Patienten gestorben sind, weil sie nicht rechtzeitig behandelt werden konnten*", erklärt Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW.




*„Die Flottille nach Gaza soll mit ihren Hilfsgütern nicht nur die Blockade von Gaza überwinden, sondern auch durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit dem Schweigen in den Medien entgegenwirken und Druck auf die internationale Politik entfalten, sich deutlich gegenüber Israel für ein Ende der Blockade einzusetzen*", erklärt Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Die" FreeGaza Bewegung" ist eine internationale Bewegung, die mit Schiffen die völkerrechtswidrige Blockade von Gaza durchbrechen will. Der deutschen Sektion von „FreeGaza" gehören IPPNW Deutschland, die deutsche Sektion pax christi, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, die Palästinensische Gemeinde Deutschland sowie die Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft an. Deutsche „FreeGaza"-Koordinatorinnen sind Gisela Siebourg und Hilu Barth. Bereits seit letztem Jahr bemüht sich der deutsche Koordinationskreis Palästina Israel, ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern nach Gaza zu schicken, und hat dafür breite Unterstützung eingeworben.
http://www.freegaza.de/petition/unterzeichner.php

Obwohl Free Gaza sich nur in internationalen und palästinensischen Hoheitsgewässern bewegen wird, hat Tel Aviv bereits angekündigt, die Flotte nicht bis zur Küste von Gaza segeln zu lassen. Die FreeGaza Bewegung läst sich unter Verweis auf das Völkerrecht, das internationale Seerecht und die Menschenrechte durch solche Drohungen indes nicht einschüchtern.

**Kontakt:** Angelika Wilmen, IPPNW,
Tel. 030-69 80 74-15, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW),
Körtestr. 10, 10967 Berlin, www.ippnw.de,
Email: ippnw@ippnw.de

**http://www.freegaza.de/aktuelles.php, http://ippnw.blogspot.com/**
**www.freegaza.org, www.witnessgaza.com, http://gazafreedommarch.org/cms/en/flotilla.aspx**

## 28.5. Bündnis fordert: Freie Fahrt für die Schiffe nach Gaza! Kein Kidnapping!

(…) Scharf verurteilen die Initiatoren der Aktion die Absicht der israelischen Marine, die Passagiere zu kidnappen und die Ladung nach Ashdod zu bringen. Das Bündnis begrüßt die zahlreichen internationalen Appelle, die freie Fahrt für die Flotte fordern. Darunter auch ein Appell der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom. (…)
Die von Israel verhängte Blockade des Gazastreifens trifft vor allem die Kinder und Jugendlichen, die dort die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Sie führt zu Unterernährung und Anämie und verhindert eine gesunde Entwicklung der Kinder."
Weitere Infos: http://www.kopi-endederbesatzung.de/5.0.html

**Der UN-Beauftragte für Menschenrechte der Palästinenser, Richard Falk** meldete sich auf der Internetseite witness.gaza. Falk erklärte, dass nicht die Regierungen und die Vereinten Nationen etwas gegen die anhaltende Blockade Israels unternommen haben, sondern verantwortungsbewusste Menschen aus sehr vielen Nationen. Der Leiter der UN-Hilfe in Palästina erklärte, es sei an der Zeit, die Hilfsaktion zu unterstützen.
Die "internationale Gemeinschaft" habe auf dem Seeweg Hilfe geschickt, so wie es in Haiti der Fall war, so UNRWAChef John Ging.
Avram **Noam Chomsky**, der bedeutendste Aktivist und Kritiker aus den USA bezeichnete das Unternehmen als wichtig und wünschte ihnen Erfolg. Er werde seinen Beitrag dazu leisten.
http://www.freegaza.de/articles/100528turkishpress.pdf

## Israel hindert Noam Chomsky an der Einreise in die Westbank

**von Amy Goodman 17.05.2010 — Democracy Now!**

*Am Sonntagnachmittag (15.5.) wurde Noam Chomsky von israelischen Wachposten die Einreise in die Westbank verweigert.
Von Jordanien aus wollte er am Grenzübergang bei der Allenby-Brücke ins Westjordanland einreisen. Nachdem sie ihn mehr als drei Stunden verhört hatten, stempelten die Israelis in Chomskys Pass den Vermerk: 'Einreise verweigert'.
Geplant waren Vorträge an der Bir-Zeit-Universität (nahe Ramallah). Außerdem wollte sich Chomsky mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad treffen.*

Chomsky:
Die Gründe sind ziemlich offensichtlich.
Ich habe schon früher an der Universität von Bir Zeit gesprochen, aber dabei handelte es sich jedesmal um einen Abstecher: Ich besuchte Israel, hielt an israelischen Universitäten Vorträge.
Der aktuelle Anlass unterscheidet sich durch einen einzigen Umstand. Ich bekam eine Einladung von der Universität Bir Zeit, die ich - wie bei vielen anderen Anlässen auch -, sehr gerne angenommen habe.
Doch dieses Mal hatte ich nicht vor, auch in Israel Vorträge zu halten. Das war der einzige Unterschied. Im Grunde sagt Israel: Wir beharren auf unserem Recht, zu entscheiden, wem wir gestatten, einzig und allein eine palästinensische Universität - auf deren Einladung hin - zu besuchen, um dort zu sprechen.

## Attac Frankreich verurteilt die Aufnahme Israels in die OECD

*„Unter israelischen Finanzexperten ist der Jubel groß. Die 31 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) votierten am Montag einstimmig für die Aufnahme Israels in den prestigeträchtigen Club der Industrieländer.
Drei Jahre lang hat man sich um Aufnahme in die OECD bemüht. Jetzt ist die Bestätigung da, zum wohlhabenden Westen zu gehören. "Ein Signal an die Welt", so drückte es Vizepremier Dan Meridor aus, "dass wir eine erfolgreiche Wirtschaftskraft sind". Die politische Aufwertung, die Israel damit verbindet, ist allerdings auch der Grund, warum Israels OECD-Eintritt nicht ganz so unumstritten ist, wie das einstimmige Votum dies suggeriert.
Vor allem die palästinensische Autonomie-Regierung unter Salam Fayyad hatte im Vorfeld Einspruch erhoben. Die israelische Besatzung der Westbank und die damit verbundenen Behinderungen für freien Reise- und Warenverkehr seien mit den Statuten der Organisation nicht vereinbar, hieß es in einem Warnbrief des palästinensischen Außenministers Riad Malki an seine Amtskollegen in der OECD.
Premier Fayyad, ein ehemaliger Weltbanker, hatte zudem eingewandt, dass die Wirtschaftsdaten Israels ein verfälschtes Bild wiedergäben, da die Westbank-Siedlungen mit einbezogen seien.
Irland, Norwegen und die Schweiz hatten deshalb zunächst Bedenken angemeldet." (Inge Günther , FR 11.5.2010)*

Gemeinsam mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds war die OECD die Speerspitze des Neoliberalismus in der Welt. Seit 20 Jahren versucht Israel hineinzukommen. Nachdem es seinen Arbeitsmarkt liberalisiert, privatisiert und flexibilisiert und das soziale Netz zerrissen hat, hofft Israel, im Mai 2010 inthronisiert zu werden. Seine offizielle Aufnahme in den geschlossenen Klub der reichen Nationen wird, nach den Verlusten wegen der Finanzkrise, ausländische Investitionen zurückholen und sein durch wiederholte Kriege gegen Palästinenser und Libanesen seit 2002 beschädigtes Image verbessern, so die Annahme.

Noch wirft die OECD den israelischen Rüstungsunternehmen vor, die Regierungen der Mitgliedsländer zu bestechen. Aber sie nimmt der israelischen Regierung die Verletzung des internationalen Rechts hinsichtlich der palästinensischen Flüchtlinge, der illegalen Besetzung der Gebiete und der Kriege gegen den Libanon, das Westjordanland und den Gazastreifen nicht übel.
Die israelische Wirtschaft mit ihrer Spezialisierung auf Spitzentechnologie für militärische und zivile Sicherheit ist ein nahöstliches Schaufenster des neoliberalen und neokonservativen „Modells" geworden. Der OECD ist der menschliche Preis dieses „Erfolgs", ob in Israel selbst oder in den besetzten Gebieten, gleichgültig.
Bitte Israels an Frankreich um Lieferung eines Atomkraftwerks, fruchtbare Zusammenarbeit bei den Drohnen, Bau einer Schnellbahn in Ost-Jerusalem, Agrexco-Terminal-Projekt in Sète ... jenseits schöner Worte über die Rechte der Palästinenser hat die französische Regierung fortwährend die Politik Israels unterstützt und faktisch Besiedlung und Besatzung akzeptiert.
**Attac verlangt von Nicolas Sarkozy, den israelischen Führern ein deutliches Zeichen zu geben, indem es die Aufnahme Israels in die OECD verweigert.**
Attac wird an der Kundgebung des Collectif National pour une Paix Juste et Durable entre Palestiniens et Israéliens* teilnehmen am Montag, dem 10. Mai 2010

Attac France, Montreuil, 7. Mai 2010.

**Mitglieder des Collectif National pour une Paix Juste et Durable entre Palestiniens et Israéliens sind: Association des Tunisiens en France - AFD - AFPS - American Against the War - A.J.P.F. - ATMF - CICUP - CPPI Saint-Denis - CCIPPP - FSU - Génération Palestine - GUPS - Parti Communiste des Ouvriers de France - PSM - La Courneuve-Palestine - Les Femmes en Noir Paris - Les Alternatifs - LCR - MRAP - Mouvement de la Paix - Solidarité Palestine 18ème - UJFP - Les Verts - PCF.*

Aufruf des Collectif: http://www.ujfp.org

URL dieses Beitrags
www.steinbergrecherche.com/attac.htm#OECD
Originaltext auf Französisch:
http://www.france.attac.org/spip.php?article11022

# Wir zahlen NICHT für eure KRISE!

**Griechenland war erst der Anfang**. In der gesamten EU wollen Regierungen und Unternehmerverbände eine radikale Kürzungspolitik durchsetzen. Bereits einen Tag nach der Wahl in NRW hat die Bundesregierung einen drastischen Sparkurs angekündigt: Die durch Krise und Bankenrettung gestiegene Staatsverschuldung soll auf Kosten der Beschäftigten und Erwerbslosen, der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der Kommunen abgebaut werden!
Statt die Banken und Finanzmarktanleger zur Kasse zur bitten, sollen die Menschen für die Krise zahlen: mit Rentenkürzungen, Privatisierung öffentlicher Dienste, niedrigeren Löhnen, Entlassungen – so sieht das „Rettungsprogramm“ für Griechenland aus. Das ist nichts anderes als Umverteilung von unten nach oben! Aber die Menschen in Griechenland wehren sich gegen diese Angriffe. Der Widerstand in Griechenland sollte deshalb unser Vorbild sein und fordert unsere Solidarität!
Denn mit dem 750-Milliarden-Rettungspaket zahlen wir nicht „für die Griechen“ oder für die Rettung Europas, sondern für die Rettung von Banken und Anlegern, die auf den Staatsbankrott Griechenlands gewettet und an den griechischen Staatschulden verdient haben!
**Die Menschen in Griechenland sind nicht für die Euro-Krise verantwortlich,** sie sind der Sündenbock von Regierung und Medien für eine ungelöste Krise des Kapitalismus. Aber die Menschen in Griechenland wehren sich mit Generalstreiks und Demonstrationen gegen diese Angriffe auf ihre Lebensbedingungen.
Ihr Widerstand kann uns ein Vorbild sein. Die Politik zu Gunsten von Banken und Konzernen können wir nur durch europaweiten Widerstand und Solidarität stoppen!
**Die Rettungspakete können die Krise nicht lösen,**
da sie deren Ursachen nicht bekämpfen: die Banken profitieren von den Rettungspaketen und hohen Zinsen für die Staatsschulden. Die Vermögen der Reichen und die Profite der Konzerne, mit denen auf den Finanzmärkten spekuliert wird, werden nicht angetastet.
Das Lohndumping in der EU, das in die Krise geführt hat, wird vor allem vom ‚Exportweltmeister‘ Deutschland vorangetrieben und treibt jetzt andere EU-Länder in Schuldenruin und Krise.

## Wir sagen Nein zu diesen „Rettungspaketen“ – Banken und Konzerne sollen zahlen!

Wir fordern:
• Erhöhung der Steuern auf Vermögen und Kapitalgewinne!
• Finanzmärkte schrumpfen und kontrollieren: Sofortige, hohe Besteuerung von Finanzmarktgeschäften! Verbot von Hedge Fonds und spekulativen Finanzgeschäften!
• Vergesellschaftung der Banken und Schaffung eines öffentlichen Bankensektors unter gesellschaftlicher Kontrolle!
• Streichung der Schulden Griechenlands und anderer hoch verschuldeter EU-Länder!
Die Gläubiger müssen zahlen!

## Solidarität mit dem Widerstand in Griechenland! Gemeinsam für solidarische Antworten auf die Krise der EU:

• *Weg mit dem Vertrag von Lissabon, der Spekulation und Lohndumping möglich macht*: Angleichung der Löhne und Sozialleistungen in Europa nach oben!
Für armutsfeste Mindestlöhne in Europa – 10 Euro in Deutschland!
• *Verarmung beenden*: Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes auf 500 Euro jetzt sofort!
Abschaffung der Repressionen gegen Erwerbslose!
• *Statt Massenarbeitslosigkeit*: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich + Weg mit der Rente mit 67!
• Schaffung von sozial und ökologisch sinnvollen Arbeitsplätzen durch Ausbau des öffentlichen Sektors der Bildung, Gesundheitsversorgung und ökologischen Nahverkehrs!

## Wir zahlen nicht für eure Krise – gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau überall!

## Für soziale und ökologische Alternativen zum Kapitalismus!

## 12. Juni: Bundesweite Demonstrationen

## in Berlin 12.00 Uhr, Alexanderplatz und Stuttgart 11.00 Uhr, Beginn am Hbf.,

*Über 100 Organisationen und Initiativen rufen zu den Demonstrationen auf, u. a. ATTAC, ve.rdi, NGG, DGB-Gliederungen, DIE LINKE, lokale Krisenbündnisse, DIDF, Aktionsbündnis Sozialproteste, Erwerbslosenforum, antikapitalistische Initiativen - Aktuelle Informationen zu den Demos und allen Unterstützer/innen unter: www.kapitalismuskrise.org*

***Attac –Aufruf unter www.attac.de***